

BDF *aktuell*

- ASP in Deutschland
- Forstpolitik in Europa
- Verkehrssicherung



Die Afrikanische Schweinepest darf keinesfalls unterschätzt werden – auch nicht hinsichtlich der psychischen Belastung, die konstante Bejagung und Beseitigung der Wildschweine auf die Jäger haben kann.



Spruch des Monats

Alle Theorie ist grau,
und nur der Wald und die Erfahrung sind grün.

Friedrich Wilhelm Leopold Pfeil

INHALT

ASP in Deutschland

Afrikanische Schweinepest in Deutschland	4
Interview mit Dr. Carsten Leßner	6

Verkehrssicherung

Klimawandel trifft Verkehrssicherheitspflicht	8
FLL-Verkehrssicherheitstage	10

Europa

Green Deal, Wald- und Biodiversitätsstrategie	11
Europäische Forstwirtschaft	13
UEF-Kongress 2021: Zentrale Forst-Themen	15

Aus den Ländern

Baden-Württemberg: BDF stellt sich neu auf	16
Bayern: Personal, EU und Umstrukturierung	18
Berlin-Brandenburg: ASP in Brandenburg	29
Hessen: 20 Jahre Kampf um Beamtenstatus	30
MVP: Alles neu macht der Mai	32
Niedersachsen: Schwierige Eichenwirtschaft	33
Nordrhein-Westfalen: 50 Jahre im BDF NRW	35
RLP: Forstleute leiden leise	36
Saarland: Neue Forstanwärter	37
Sachsen: 2021 – das Jahr der Hoffnung	39
Thüringen: Nach dem Lockdown	40

Freud und Leid

42

IMPRESSUM

Herausgeber: Bund Deutscher Forstleute (BDF), Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 65 700 102, Telefax (0 30) 65 700 104, Info@bdf-online.de – Fachgewerkschaft für Forstbeamte und -beschäftigte im dbb beamtenbund und tarifunion
Verantwortlicher Chefredakteur: Benjamin Kegel, c/o BDF Bundesgeschäftsstelle, redaktion@bdf-online.de
Gesamtherstellung und Vertrieb: Wilke Mediengruppe GmbH, Hamm, ISSN-Nr.: 0945-6538
Bestellanschrift, Anzeigen: Wilke Mediengruppe GmbH, Oberallener Weg 1, 59069 Hamm, Telefon (0 23 85) 4 62 90-0, Telefax (0 23 85) 7 78 49 89, anzeigen@wilke-mediengruppe.de
Bezugsbedingungen: BDF aktuell erscheint monatlich. Bezugspreis monatlich 2,95 € zuzüglich Porto + Verpackung, für BDF-Mitglieder im Beitrag eingeschlossen. Erscheinungsweise: zum 1. jedes Monats.
Redaktionsschluss: am 1. des Vormonats bei der Redaktion. Bestellungen sind an den Verlag zu richten.
Landesredakteure: Marlene Schmitt (BW), Robert Nörr (By), Uwe Honke (B, BB), Thomas Götz (He), Peter Rabe (MV), Henning Ibold (Nds), Ute Messerschmidt (NRW), Thomas Bublitz (RLP), Sybille Rauchheld (Saar), Wanda Kramer (SN), Astrid Eichler (LSA), Christian Rosenow (SH), Jens Düring (Th), Kathrin Müller-Rees (Bundesforst)
Bildnachweise: Julia Kauer (Titelbild), Peter Becker, gespiegelt, <https://commons.wikimedia.org> (CC BY-SA 4.0) (S. 4), Friedrich-Loeffler-Institut (S. 6), Tobias Hartung (S. 9), Ansgar Pape, ThüringenForst (S. 10), Georg Jehle (S. 17), Robert Nörr (S. 19), BaySF (S. 21), Martin Lahousse (S. 25), Elaine Schmidt (S. 25, rechts), Maria Noichl (S. 26), Robert Nörr (S. 27), Oliver Wiesel (S. 27 unten), Werner Ebert (S. 31), Armin Ristau (S. 34), Annika Messerschmidt (S. 36), Hannah Riedel (S. 37), Udo Mauersberger (S. 39), Jens Düring (S. 40), Othmar Kipfer (S. 43)



Das **Kenwort** für den geschützten Internetzugang lautet im Februar: **asp** Benutzernamen: **bdf**



Liebe Kolleginnen und Kollegen!

**FORSTWIRTSCHAFT
IN DEUTSCHLAND**
Vorausschauend aus Tradition

Just als ich begonnen habe, dieses Editorial zu schreiben, musste ich zunächst pausieren. Denn plötzlich kam die Meldung über den Ticker, dass in Groß Glienicke, unmittelbar vor den Toren der Bundeshauptstadt Berlin, ein neuer Fall der Afrikanischen Schweinepest aufgetreten sei. Ein erster Test war positiv verlaufen. Die Untersuchung beim Friedrich-Loeffler-Institut, dem Nationalen Referenzlabor für die ASP, hat den Verdacht aber nicht bestätigt, sodass Entwarnung gegeben werden konnte. Das Seuchengeschehen hätte sonst sicher eine ganz neue Dynamik bekommen. Bisher scheinen die Schutzmaßnahmen in den vier betroffenen Landkreisen in Brandenburg und Sachsen also zu funktionieren. Die bisher etwa 500 verendet aufgefundenen Stücke sind ausschließlich in den eingerichteten Restriktionszonen entdeckt worden. Darüber hinaus sind gewaltige Anstrengungen unternommen worden, um die Ostgrenze unseres Landes mit Zäunen in einer Länge von 250 km gegen das Einwandern infizierter Stücke zu schützen.

Das hilft natürlich nicht gegen durch Menschen verursachte Sprunginfektionen, wie sie nach Tschechien und Belgien bereits stattgefunden haben. Zumindest im letzteren Fall dürfte es als ziemlich sicher gelten, dass infiziertes Material auch durch Deutschland transportiert worden ist – in welcher Form auch immer. Im Prinzip sind also alle Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, durch ihr Verhalten den Eintrag oder die Verbreitung von ASP zu verhindern. In besonderer Weise natürlich die Jägerschaft und damit auch wir jagenden Forstleute durch Begrenzung der Populationsentwicklung des Schwarzwildes mit jagdlichen Mitteln. Ob man dieser besonderen Verantwortung in der Rückschau immer gerecht geworden ist, darf allerdings durchaus bezweifelt werden, wenn man sich die Populationsentwicklung des Schwarzwildes in Deutschland so anschaut. Bis Anfang der 70er-Jahre des vorherigen Jahrhunderts dümpelte der Schwarzwildabschuss in ganz Deutschland halbwegs kontinuierlich bei etwa 50.000 Stück pro Jahr. Seitdem geht die Kurve kontinuierlich bergauf: erst flach und schließlich immer steiler. Zur Jahrtausendwende

etwa 200.000 Stück. Zehn Jahre später rund 500.000 Stück bis zum bisherigen Rekordjahr 2017/2018 mit 837.000 Stück. Das ist eine beeindruckende Entwicklung und daraus abzuleiten, dass der Zuwachs so gut wie nie abgeschöpft worden ist – geschweige denn, dass die Population gesenkt worden ist. Ich glaube, man muss kein Prophet sein, um zu prognostizieren, dass die Schallmauer von 1 Million Stücken in nicht allzu ferner Zukunft geknackt wird. Für diese Entwicklung gibt es sicher ein Konglomerat an Gründen: Klimaveränderungen mit ausbleibenden harten Wintern und die durchgehend optimalen Nahrungsbedingungen durch eine veränderte Landwirtschaft sind wichtige Aspekte. Ein sehr schwergewichtiger Grund sind aber sicher auch zu häufig persönliche jagdliche Interessen der Jägerschaft, da Schwarzwild ein attraktives Jagdwild mit mehr oder weniger ganzjähriger Jagdzeit ist. In Teilen ist das Problem daher durchaus hausgemacht. Zur wirksamen Reduzierung der Schwarzwildpopulation fehlte bisher und fehlt offenbar nach wie vor der ernsthafte Wille. Wildschweine sind Reproduktionsstrategen. Neben intra- und interspezifischer Konkurrenz gehören dichteabhängige Faktoren, wie ansteckende Krankheiten, zu den natürlichen Regulationsmechanismen. Das Auftauchen der ASP ist nüchtern betrachtet also erst mal „nur“ ein ganz normaler wildbiologischer Prozess. Das Tierleid und die wirtschaftlichen Folgen für die Land- und letztendlich die Volkswirtschaft sind natürlich immens. Genau hier liegt also die Verantwortung des Jagdwezens und damit auch von uns Forstleuten. ■

Horrido!

Ihr
Ulrich Dohle



Afrikanische Schweinepest in Deutschland nicht unerwartet, aber doch überraschend



Die Afrikanische Schweinepest ist nach Deutschland übergesprungen – nahezu wortwörtlich. Die gefährliche Tierseuche ist eine große Herausforderung vor allem für Landwirte.

In den letzten dreizehn Jahren hat sich die Afrikanische Schweinepest (ASP) von einer exotischen Tierseuche zu einer geradezu pandemischen Bedrohung für Haus- und Wildschweine entwickelt. Aus deutscher Sicht kam die Tierseuche bereits zweimal empfindlich nahe, als das Virus 2018 nach Belgien und 2019 in den westlichen Teil Polens eingeschleppt wurde. Während sich die Situation in Belgien so weit besserte, dass das Land

inzwischen wohl wieder frei von ASP ist, verschlechterte sich die Lage in Polen. Seit November 2019 wurden im westlichen Bereich des Landes weit über 1.000 Fälle gemeldet. Die Seuche rückte im März 2020 bis auf gut zehn Kilometer an die deutsche Grenze heran. So kamen die ersten Fälle bei Wildschweinen im September in Brandenburg nahe der polnischen Grenze nicht unerwartet, aber dann irgendwie doch überraschend.

Deutschland: Erschreckend



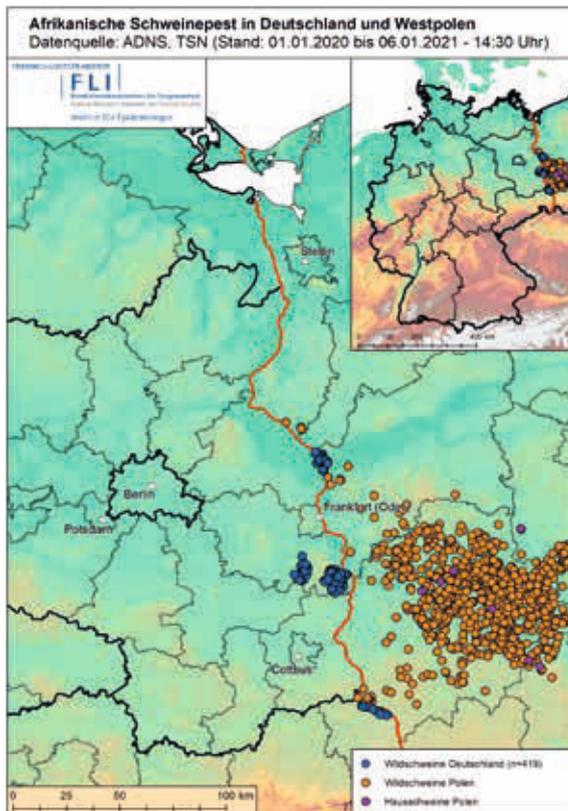
Ab Ende Oktober meldete auch Sachsen Fälle bei Wildschweinen, alle in unmittelbarer Nähe der Grenze zu Polen. Bis zum Jahresende stieg der Zähler auf 353 Fälle bei Wildschweinen in Brandenburg und 15 in Sachsen. Mit weiteren Fällen ist zu rechnen – und eine Ausbreitung oder Verschleppung in andere Regionen in Deutschland jederzeit möglich.

Die beiden bisher betroffenen Bundesländer setzten zügig Maßnahmen zur Eindämmung und Kontrolle der ASP um, unter anderem die seitens EU-Tierseuchenrecht vorgeschriebene Einrichtung von Restriktionszonen und die Einzäunung der Kerngebiete. Hiermit sollen ein Abwandern der Wildschweine und eine weitere Ausbreitung der Tierseuche verhindert werden. Gleichzeitig wurde mit der intensiven Fallwildsuche begonnen – von Menschenketten über Drohnen mit Wärmebildkameras und Hubschraubern bis zu Suchhunden aus mehreren Bundesländern kamen alle Optionen zum Einsatz. Durch Drohnenaufnahmen und Hubschraubereinsätze konnten beispielsweise in Brandenburg die Suchtrupps gezielt gesteuert und viele Wildschweinkadaver gefunden werden. Darüber hinaus wird entlang der Grenze zu Polen ein fester Zaun errichtet, der potenziell infizierte Wildschweine daran hindern soll, nach Deutschland vorzudringen. Ein großer Teil dieses festen Zaunes ist bereits errichtet.

Bei Wildschweinen wird die ASP besonders effizient durch direkten Kontakt von Tier zu Tier übertragen (insbesondere über den Kontakt zu Blut, aber auch zu virushaltigen Sekreten und Exkrementen). Die Kadaver infizierter Tiere spielen dabei eine wichtige Rolle, da das Virus in ihnen für lange Zeit stabil bleibt. Daher sind die Suche nach Kadavern und deren unschädliche Beseitigung als Bekämpfungsmaßnahme enorm wichtig, ebenso eine gute Koordination aller Beteiligten.

Sinn und Zweck der Wildschutzzäune bezüglich Prävention und Bekämpfung der ASP werden häufig diskutiert. Einen hundertprozentigen Schutz vor wandernden infizierten Wildschweinen allein durch Einzäunen wird es kaum geben, aber in Verbindung mit weiteren Maßnahmen gehört der Zaun zum Werkzeugkoffer, der zur Bekämpfung der ASP zur Verfügung steht. Insbesondere zur Eingrenzung betroffener Kerngebiete wurden Zäune bereits erfolgreich eingesetzt. In Tschechien und Belgien führten entsprechende Maßnahmen, zu denen neben Zäunen unter anderem auch anfängliche Jagdruhe und eine intensive Bejagung in der Pufferzone gehörten, bekanntermaßen zur Eindämmung und Beseitigung der ASP. Dabei hat sich gezeigt, dass bereits einfache Elektrozäune die Tiere in ihrer Bewegung aufhalten, wenn sie keinem Jagddruck unterliegen oder etwas sehr Attraktives auf der anderen Seite sie anlockt.

Allerdings wurde vor allem in Tschechien der Ersteintrag schnell erkannt, die betroffene Kernzone konnte zügig identifiziert und eingegrenzt werden. Gelingt dies nicht, wird es sehr schwierig. Außerdem handelte es sich in den beiden genannten



Karte mit Fällen der Afrikanischen Schweinepest in Deutschland und Westpolen, Stand: Januar 2021.

Ländern um punktförmige Einträge, während die ASP in Brandenburg, Sachsen und künftig vielleicht auch Mecklenburg-Vorpommern sich entlang einer lang gestreckten Linie von Polen aus in westlicher Richtung auszubreiten droht und zu wiederholten Einträgen geführt hat und auch weiterhin führen kann. Dieser Infektionsdruck aus östlicher Richtung wird, im Gegensatz zu Belgien und Tschechien, auch auf längere Sicht bestehen bleiben. Ob die in Brandenburg und Sachsen betroffenen Regionen die ASP erfolgreich eindämmen können, wird sich erst in den kommenden Wochen und Monaten zeigen. Nicht vergessen werden darf, dass die Verbreitung der ASP nicht allein von den Wildschweinen abhängt, sondern der Mensch sie jederzeit durch sein (Fehl)verhalten über weite Distanzen tragen kann. Dies zeigt die Ausbreitung von Georgien über weite Teile Europas und Asiens eindrucklich. Es wird davon ausgegangen, dass die Einträge nach Tschechien und Belgien durch solches (Fehl)verhalten ausgelöst wurden. ■

Friedrich-Loeffler-Institut

Interview mit Dr. Carsten Leßner

Herr Dr. Carsten Leßner, Sie sind Leiter der obersten Jagd- und Forstbehörde im Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz Brandenburg. Wie sind die Oberförstereien in die Bekämpfung der ASP organisatorisch (z. B. in die Krisenstäbe) eingebunden?

Dr. Leßner: Je nach Bedarf sind die LeiterInnen der Landeswaldoberförstereien in die örtlichen Krisenstäbe eingebunden. Der Leiter der Landeswaldoberförsterei Peitz koordiniert die Einsätze des Landesforstbetriebs (LFB) vor Ort und stimmt sich mit den örtlichen Veterinärämtern und der Technischen Einsatzleitung in Eisenhüttenstadt ab. Der LFB sitzt im Landeskrisenstab und in der Sachverständigengruppe ASP des federführenden Verbraucherschutzministeriums (MSGIV).

Welche Aufgaben erfüllen die Forstleute vor Ort?

Dr. Leßner: Die Beschäftigten des LFB werden zu unterschiedlichsten Aufgaben eingesetzt: Zaunbau, Kadaversuche und -bergung, Mulchen von Zaunrassen, Bau von stationären Saufängen, Aufstellung von mobilen Saufängen, Beratung von Jagd ausübungsberechtigten oder auch Betrieb von Saufängen. An Spitzentagen wurden bis zu 50 Beschäftigte eingesetzt, im Durchschnitt sind 10–15 Beschäftigte täglich im Einsatz.

Wer trägt die Kosten dafür?

Dr. Leßner: Der Landesbetrieb Forst hat sowohl mit dem zuständigen MSGIV als auch mit den betroffenen

Landkreisen eine Vereinbarung über die Aufgaben und die zu stellenden Mitarbeitenden abgeschlossen. Die Kosten werden entweder durch das MSGIV oder durch die beauftragenden Landkreise getragen.

Wie gestaltet sich die Jagd in der weißen Zone?

Dr. Leßner: In der weißen Zone und im Kerngebiet findet keine Jagd statt. Es findet ausschließlich eine tierseuchenrechtliche Entnahme des Schwarzwildes statt. Andere Wildarten werden bis auf Weiteres nicht bejagt. Zuerst erfolgt die Entnahme mit Saufängen und „Einzeljagd“, kleine „Bewegungsjagden“ können nur nach Anordnung durch die Veterinärbehörden durchgeführt werden.

Welche Erfahrungen gibt es mit Kadaversuchhunden?

Dr. Leßner: Der Einsatz der Kadaversuchhunde wird von den örtlichen Veterinärbehörden als sehr zielführend angesehen, daher wird Brandenburg über den Landesjagdverband die Ausbildung und Prüfung solcher Hunde forcieren.

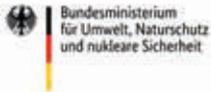
Wie haben sich die mobilen Wildschweinfänge bewährt?

Dr. Leßner: Der Einsatz mobiler Saufänge ist seit Jahren ein sehr geeignetes Mittel, um Schwarzwildpopulationen zu verringern. Da der Einsatz erst seit wenigen Tagen in der weißen Zone erfolgt, können noch keine genaueren Erfolgszahlen berichtet werden. ■

BaumAdapt (was ist das?)

Stadtbaummanagement im Spannungsfeld zwischen Ökosystemleistungen und dem Schutz kritischer Infrastrukturen

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages



Das Forschungsvorhaben BaumAdapt¹ der Verbundpartner Stadt Essen und Institut für Stadtplanung (IRPUD) der TU Dortmund hat sich vor dem Hintergrund der verheerenden Auswirkungen des Sommerkorns Ela (Pfungsten 2014) interdisziplinär mit der Herausforderung der zukunftsfähigen Anpassung von Stadtbaumbeständen zum Schutz kritischer Infrastrukturen bei gleichzeitiger Optimierung ihrer Ökosystemleistungen befasst.

Die Versagensgründe des Stadtbaumbestandes resultieren aus gravierenden Baumängeln im Lebensraum der Stadtbäume. Die aktuellen FLL-Regelwerke ignorieren eine Dokumentationspflicht je Einzelbaumstandort der vegetationstechnischen Gegebenheiten und ihrer baulichen Veränderungen im Wurzelraum als Informationsbasis der Regelbaumkontrolle. Bauleitplanung und Grünplanung vernachlässigen im Kontext der Katastrophenvorsorge und Sicherung der Schutzgüter für die notwendigen Klimaanpassungsmaßnahmen die Vorgaben für vegetationstechnische Mindestanforderungen der unterirdischen Lebensräume von Bäumen und deren Zusatzanforderungen im Hinblick

auf den Klimawandel. Die mangelhafte Planung setzt sich konsequent in nahezu allen vegetations-technisch relevanten Bautätigkeiten fort.

Auf Basis dezidierter stadtmodellbasierter Simulationstechnik für die baumartenspezifischen stadtklimatischen Wirksamkeiten und der Bruch- und Standsicherheit unserer Stadtbäume ist eine zukunfts- und leistungsfähige Stadtbaumkultur plan- und baubar. Die konsequente Anwendung und Einzelstandortdokumentation der bereits bestehenden Regelwerke und Fachkenntnisse im Rahmen sämtlicher baumbezogenen Planungs-, Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen ermöglicht die erfolgreiche Umsetzung. Zur Kontrolle und Wirkungsüberprüfung sind Aufbau und Betrieb eines zeitlich-räumlich beliebig skalierbaren Erfolgsmonitorings für die Visualisierung und Bilanzierung der Ökosystemleistungen des sich verändernden Stadtbaumbestandes unverzichtbarer Bestandteil.

Der Handlungsleitfaden des Projektes stellt eine wesentliche Grundlage für die Implementierung gesetzlich geforderter und normierter sowie darüber hinausgehender Fachstandards in den kommunalen Verwaltungsalltag dar. ■

Norbert Bösen

1 s. https://www.essen.de/dasistessen/leben_im_gruenen_/baeume_in_der_stadt/baumadapt_.de.html und <https://youtu.be/rguLPkmc09U>

NOCH MEHR STAATLICHE RIESTER-ZULAGEN!

Mehr Infos hier: <http://goto.bdf-sozialwerk.de/mehrriester>



<http://goto.bdf-sozialwerk.de/riester>



Am Weingarten 18 · 90518 Altdorf
info@bdfsozialwerk.de

www.bdf-sozialwerk.de



BDF SOZIALWERK GMBH

SOZIALWERK DES BUNDES DEUTSCHER FORSTLEUTE UND DER ANGESCHLOSSENEN VERBÄNDE GMBH

Klimawandel trifft Verkehrssicherheitspflicht

Nicht nur durch die intensive mediale Berichterstattung, auch so stehen sie ja sehr offensichtlich an und in unseren Wäldern, die abgestorbenen und die stark geschädigten Nadel- und Laubbäume. Im Wald wird es sich trotz der massiven Anhäufung um walddtypische Gefahren handeln, diese Risiken hat der Gesetzgeber, ergänzend bestätigt durch das Urteil des Bundesgerichtshofes vom 02.10.2012, dem Waldbesucher zugeordnet und den Waldeigentümer sehr eindeutig entlastet.

Einige öffentliche Forstverwaltungen nutzen in ihrer Dienstanweisung zur Baumschau den Begriff einer „Megagefahr“. Es ist ja auch nicht verboten etwas mehr zu tun, eventuell gebietet es der empfundene Fürsorgegedanke eines öffentlichen Waldbesitzers, sodass mit regionalen Unterschieden, aber v. a. im urbanen Raum an Waldwegen sogenannte Gefahrenbäume im Rahmen der jeweiligen Interpretation als Folge beseitigt werden.

Das Problem besteht an den Außengrenzen, zu Straßen, zur Bebauung oder gar zu Schienenwegen und anderen Infrastruktureinrichtungen. Dieses Problem ist konkret und beschreibbar und unterfällt definitiv der Verkehrssicherungspflicht der Waldeigentümer. Da helfen kein Jammern über den Holzpreis und keine Abwartehaltung. Zitat aus dem Protokoll der Taskforce Käferholz (NRW vom 22.01.2020): „Es ist davon auszugehen, dass es sich beim Umstürzen abgestorbener Fichten nicht in jedem Fall um ein Ereignis ‚höherer Gewalt‘ handelt (...). Es ist jedoch damit zu rechnen, dass sie unvermittelt umstürzen können.“ Und weiter: „Die Beobachtungen von Straßen.NRW stellen keinen Ersatz einer Pflicht durch den Eigentümer dar, mögliche Gefährdungen (...) zu kontrollieren.“ ■

Roland Haering

Bericht aus dem Arbeitskreis Verkehrssicherung und Terminankündigung für den 5. Gelsenkirchener Verkehrssicherheitstag Wald

In 2020 wurde der Austausch im Arbeitskreis online und durch Bekanntgabe relevanter Urteile in Verkehrssicherungsfragen aufrechterhalten. Im Fokus steht die Planung für die Zeit nach der Pandemie. Und so wird der 5. Gelsenkirchener Verkehrssicherheitstag Wald als gemeinsame Veranstaltung von Wald und Holz und des BDF NRW mit namhaften Referenten (sicherheitshalber geplant als Hybridveranstaltung) am 22.09.2021 in Gelsenkirchen

stattfinden. Bitte den Termin schon jetzt notieren! Der Arbeitskreis Verkehrssicherung des BDF wird in dieser Zeitachse auch tagen, vermutlich am 23.09.2021 am selben Ort. Die jeweiligen Hygienekonzepte sind in Vorbereitung. ■

Roland Haering

Empfehlungen zum Hinweis auf walddtypische Gefahren

Auf die individuelle Verantwortlichkeit des Waldbesuchers für das bewusst von ihm eingegangene Betretungsrisiko bezüglich walddtypischer Risiken hinzuweisen wird insbesondere im urbanen Raum empfohlen.

Die Stadt Essen hat an allen Waldeingängen Hinweisschilder ergänzt, der QR-Code ermöglicht einen ergänzenden leichten Zugriff auf weitere Informationen. ■

Roland Haering



WALDSICHERHEIT

Bitte beachten Sie folgende Hinweise

- Das Betreten erfolgt auf eigene Gefahr
- Achten Sie auf Alt- und Totholz
- Meiden Sie den Wald bei Sturm und Dunkelheit
- Die Wege sind meist naturbelassen und nicht immer eben

Weitere Infos unter
[www.essen.de/
Waldsicherheit](http://www.essen.de/Waldsicherheit)



Zertifizierung
Dieser Wald ist FSC®-zertifiziert
www.essen.de/FSC-Zertifizierung






Fragen und weitere Informationen zum Arbeitskreis Verkehrssicherung an Roland Haering
Verkehrssicherung@BDF-online.de

Bericht

FLL-Verkehrssicherheitstage



Frisher Borkenkäferbefall an einer Fichte.

Vom 09. bis 11.02.2020 fanden die Verkehrssicherheitstage der Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau e. V. (FLL) statt. Wie nahezu alle Großveranstaltungen im letzten Jahr wurde die Tagung virtuell durchgeführt. Angesichts von 200 Teilnehmenden funktionierte dies ausgesprochen gut, wenn auch eine Diskussion unterbunden wurde, da Fragen nur per Kommentarfunktion abgegeben werden konnten. Immerhin konnten die deutschlandweit zugeschalteten ExpertInnen so wie gewohnt aktuellen Fachfragen und Rechtsprechungen rund um die Verkehrssicherheit von Bäumen in der Stadt und im Wald nachgehen. Gleichzeitig wurde der neue Geschäftsführer, Adalbert von der Osten, einem breiten Publikum bekannt. Der vorhergehende Geschäftsführer, Jürgen Rohrbach, ist nach 27 Jahren verdient in den Ruhestand eingetreten.

Waldthemen

Der BDF als Mitglied der FLL war mit VertreterInnen v. a. aus dem Arbeitskreis Verkehrssicherung dabei. Auch ihm ist es zu verdanken, dass Themen mit Waldbezug wieder Raum auf der Tagung einnahmen. Aufgrund des aktuellen Schadgeschehens mit Auswirkungen auf die Verkehrssicherung bleibt es auch in den nächsten Jahren hochspannend. In 2020 waren auch gleich zwei Vertreter des BDF als Referenten dabei. Norbert Böskens aus NRW berichtete über die Ergebnisse eines Forschungsprojektes zu Stadtbäumen in Essen. Udo Kaller informierte zur Sicherheit von waldpädagogischen Veranstaltungen in geschädigten Wäldern.

Aktuelle Rechtsprechung

Armin Braun von der GVV-Kommunalversicherung stellte die aktuellen Rechtsprechungen auf dem Gebiet der Verkehrssicherungspflicht vor und gab wertvolle Hinweise. Bei der Übertragung der Verkehrssicherungspflicht auf Dritte muss der Eigentümer sichergehen und kontrollieren, dass die Verkehrssicherung auch durchgeführt wurde. Zum Punkt Intervall für Baumkontrollen gab es wieder Urteile, die dies berührten. Fazit war, dass sich die Festlegung aus der FLL-Baumkontrollrichtlinie weiter bestätigt. Diese macht die Häufigkeit der Kontrollen an den jeweils herrschenden Bedingungen fest. Demnach sind starre Kontrollintervalle (z. B. jedes halbe Jahr) abzulehnen.

Bei Grünastabbrüchen ergibt sich keine Haftung, wenn der Abbruch unvorhersehbar war und die Kontrolle auf dem Laufenden ist. Bei einem Gewässerbaum, der einen Schaden verursachte und nicht kontrolliert wurde, wurde die Haftung des Eigentümers auch verneint, da der Schaden nach gutachterlicher Aussage nicht vorhersehbar war.

Klimawandel im Wald

Dr. Mathias Niesar vom Zentrum für Wald und Holzwirtschaft (Wald und Holz NRW) erläuterte die Auswirkungen des Klimawandels im Wald – vor allem in den Fichtenwäldern. Er ging dabei vor allem auf die Aufarbeitungs- und Bekämpfungsstrategie bei Borkenkäfermassenvermehrungen ein. Niesar zeigte eindrücklich den Zusammenhang zwischen Klimaänderungen und der Waldkrise bzw. den Schäden im Wald. Neben den Fichten- sind v. a. auch die Buchenbestände in NRW deutlich betroffen. Die

ausbleibende Wasserversorgung der Bäume ist vorwiegend ursächlich, dass sich die Borkenkäfer so massenhaft vermehren konnten und dem Käfer nichts entgegenzusetzen hatten.

Allein die Zahlen beeindrucken: Pro m³ Holz kamen 30.000 Käfer in der Rinde vor, aus denen sich rein rechnerisch im Jahr 2019 1,5 Mrd. Käfer entwickelten. Von 15 Mio. m³ Schadholz Fichte in NRW in 2019 wurden 6 Mio. m³ aufgearbeitet und abgefahren. 9 Mio. m³ blieben als tote Bäume im Wald stehen. Frischer Befall in 2020 wurde dann wegen der hohen Forstschutzrelevanz zuerst aufgearbeitet. Die dünnen Bäume wurden vorrangig nur dort aufgearbeitet, wo eine besondere Verkehrssicherung geboten war. Zugversuche hatten gezeigt, dass bei abgestorbenen Fichten v. a. die Kronenbruchstabilität rasend schnell innerhalb von ein bis zwei Jahren sinkt. Die Standfestigkeit ist indes kaum geringer als bei lebenden Fichten. Da im Winter 90 Prozent der Käfer unter der Rinde überwintern und es kaum eine Wintersterblichkeit gibt, ist es von großer Bedeutung, den Winter zur Aufarbeitung befallener

Fichten zu nutzen. Die 10 Prozent der im Boden überwinterten Käfer müssen über Fangsysteme abgeschöpft werden. Aufgrund von nicht ausreichenden Aufarbeitungskapazitäten konnten sich die Käfer allerdings 2020 noch weiter ausbreiten. Die aktuelle Bekämpfungsstrategie konzentriert sich auf noch vitale Fichtenbestände. Die Hoffnung ruht nun auf viel Niederschlag und tiefen Temperaturen.

Weitere Themen

Weitere spannende Themen der Verkehrssicherheitstage 2020 waren das Stadtbaummanagement im Klimawandel, versteckte Gefahren im Wurzelraum durch Bauarbeiten, Baustellen und Baubegleitung, nachhaltige Baumpflanzungen, Baumkontrolle im Klimawandel und Bewässerung von Stadtbäumen. Die ausführliche Tagungsdokumentation kann bei der FLL unter www.fll.de oder im Buchhandel erworben werden. ■

Jens Düring

Green Deal, Wald- und Biodiversitätsstrategie

Auch trotz der alles beherrschenden Corona-Pandemie wurden 2020 wichtige Waldthemen auf der europäischen Ebene auf den Weg gebracht. Denn wo Forstpolitik in Deutschland föderal organisiert ist, ist sie auf europäischer Ebene zuallererst Sache der Mitgliedsstaaten. Eine gemeinsame europäische Forstpolitik, wie wir sie von der gemeinsamen Agrarpolitik kennen, sehen die europäischen Verträge nicht vor. Trotzdem nehmen Entscheidungen der Europäischen Union aus den Bereichen Klima, Energie oder Naturschutz Einfluss auf die Art und Weise, wie wir mit dem Wald umgehen. Die Beispiele FFH-Richtlinie (Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie von 1992) oder LULUCF-Verordnung von 2018 (Verordnung über Landnutzung und Forstwirtschaft, https://ec.europa.eu/clima/policies/forests/lulucf_sv?2nd-language=de) zeigen, wie tiefgreifend die Wälder und damit verbunden die Waldbewirtschaftung durch nicht forstliche europäische Politikfelder beeinflusst werden können.

Es macht daher Sinn, sich als forstlicher Verband mit dem Geschehen auf europäischer Ebene zu beschäftigen und sich im Verbund mit anderen forst-

lichen Akteuren möglichst früh (Sustainable Development Goals) zeitig in die Diskussion mit einzuschalten. Der BDF tut dies als Mitglied des DFWR im Rahmen des Ausschusses für Europa. Das Jahr 2020 sollte mit dem Start des Green Deals und der deutschen Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2020 Waldthemen wie die EU-Biodiversitätsstrategie und die EU-Waldstrategie prominent nach vorne bringen. Am Ende waren aber die Pandemie und ihre Bekämpfung fast das alleinige Thema auch auf europäischer Ebene. Selbst fundamental wichtige Vorhaben wie der mittelfristige Finanzrahmen der EU waren daneben fast Randschauplätze. Der Start des Green Deals hat sich verschoben, erste wichtige Vorhaben wie eben die EU-Biodiversitätsstrategie und die EU-Waldstrategie sind aber auf den Weg gebracht.

Green Deal?

Worum geht es beim Green Deal und was bedeutet er für den Wald? Der European Green Deal soll eine politische Antwort auf die Erwartungen der Bevölkerung sein. Die gesellschaftlichen Anforderungen

an die Wälder haben sich verändert. Sie spielen in Zukunft eine neue Rolle bei der Eindämmung des Klimawandels und des Verlustes an Biodiversität. Hier hat die EU eine weltweite Vorbildfunktion und will daher auch eine ehrgeizige EU-Biodiversitätsstrategie umsetzen. Die EU-Waldstrategie wird auf der EU-Biodiversitätsstrategie aufbauen. Der Green Deal birgt für die Forstbranche Chancen und Risiken. Positiv ist, dass es sich nicht um eine rein ökologische Strategie handelt, sondern auch sozioökonomische Aspekte beachtet werden. Waldbesitzende und die Wirtschaft in ländlichen Bereichen werden explizit mit einbezogen. Die Strategie soll helfen, Arbeitsplätze in diesem Sektor zu sichern und zu schaffen. Das im Rahmen des Green Deals zur Verfügung gestellte Geld (z. B. aus dem EU Recovery Fund) soll auch dazu dienen, Ökosystemfunktionen des Waldes (außerhalb der Holznutzung) zu vergüten. Dies würde den Waldbesitzenden direkt zugutekommen.

Problematisch aus forstlicher Sicht sind aber die höheren Schutzziele der EU-Biodiversitätsstrategie, eine damit verbundene Reduktion der Holzerntemenge in der EU sowie weitere Einschränkungen der Handlungsfreiheit von Waldbesitzenden durch neue Indikatorensysteme. DFWR und BDF haben sich im Rahmen der laufenden Online-Konsultationen zur EU-Biodiversitätsstrategie und EU-Waldstrategie mit abgestimmten Stellungnahmen betei-

ligt. Hauptanliegen dabei ist es, dass unser bewährtes Prinzip nachhaltiger Waldbewirtschaftung ein zentrales Element der neuen EU-Strategie für die Wälder wird. Der Strategie fehlt zudem das klare Bekenntnis, dass Wälder Holzproduzenten sind und langlebige Holzprodukte ein wichtiger Beitrag zur Kohlenstoffbindung sind. Dem BDF war zudem wichtig, dass die neue EU-Waldstrategie auch die ausreichende Ausstattung mit forstlich qualifiziertem Personal berücksichtigt. Nur so können die ambitionierten Ziele auch umgesetzt und die Besitzerinnen und Besitzer von Klein-Privatwald fachlich beraten und unterstützt werden.

Aus Sicht des DFWR und des BDF muss die neue EU-Waldstrategie folgende Kernprinzipien einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung verfolgen:

- Unsere Wälder und die Menschen dahinter sind systemrelevant.
- Die UN-Nachhaltigkeitsziele werden eingehalten.
- Die EU-Forstpolitik respektiert die Kompetenzregelung zwischen EU-Generaldirektionen und den Mitgliedstaaten.
- Es braucht eine Folgenabschätzung und Ausgleichsregelungen.
- Das Ökosystem Wald muss ganzheitlich betrachtet werden – nicht nur Teile wie z. B. Biodiversität.
- Es gibt Zielkonflikte (z. B. Klimaschutz und Flächenschutz), die integriert und ausbalanciert werden müssen.
- Die strategischen Ziele müssen die Langfristigkeit bei Wäldern berücksichtigen (mind. 50–100 Jahre).
- Es braucht mehr Waldwissen in Wissenschaft, Politik, Medien und Öffentlichkeit.
- Die Digitalisierung der Waldinformationen muss deutlich steigen.
- Nachhaltige Forstwirtschaft ist weiter wichtig und muss professionell umgesetzt werden.
- Zur Steuerung sind Marktimpulse dem Ordnungsrecht vorzuziehen.
- Die Motivation der Forstleute und Waldbesitzenden vor Ort ist zentral – ohne sie geht nichts!

Wenn im Laufe dieses Jahres die Pandemie – hoffentlich – wieder in den Hintergrund tritt, wird der Green Deal neue Fahrt aufnehmen. Wir bleiben für unseren Wald und die im Wald Tätigen am Ball! ■

*Matthias Schmitt
stellv. BDF-Bundesvorsitzender*



Steingaesser

Seit 200 Jahren im Dienste der Forstwirtschaft
Höchste Qualität bei Forstpflanzen und Waldsamen



- Forstpflanzen
- gebietsheimische Sträucher
- Topfpflanzen
- Einzelschutz
- Zaunbau
- maschinelle und manuelle Pflanzverfahren
- Pflege
- Zertifizierung
- Lohnanzucht
- Beerntungen



G. J. Steingaesser & Comp. Forstservice GmbH

Fabrikstraße 15 · 63897 Miltenberg/Main
Telefon 09371/506-0 · Telefax 09371/506-150

Hahnbrunnerhof · 67659 Kaiserslautern
Telefon 0631/70974 · Telefax 0631/76886
info@steingaesser.de · www.steingaesser.de







Europäische Forstwirtschaft braucht eine starke EU-Strategie

Europäische Forstleute und Waldbesitzende sind sehr besorgt über die Zukunft der Wälder und sorgen sich um die Lebensbedingungen künftiger Generationen in Europa und weltweit. Der anhaltende Klimawandel beeinträchtigt auf dramatische Weise unsere Waldökosysteme. Wälder verändern sich oder sterben sogar ab. Invasive Arten breiten sich aus und die wirtschaftliche Basis einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung und der Bereitstellung von Ökosystemleistungen verändert sich grundlegend.

Mit dem Green Deal hat Europa ein umfassendes Maßnahmenpaket für die gesamte Gesellschaft beschlossen, mit welchem dem Klimawandel entgegengewirkt und eine vorausschauende Entwicklung aufgezeigt werden soll. In Bezug auf Waldökosysteme und nachhaltige Waldbewirtschaftung auf 40 Prozent der Fläche in Europa werden im Green Deal verschiedene Maßnahmen gefordert und wird der Forstwirtschaft bei der Bekämpfung des Klimawandels eine Schlüsselrolle eingeräumt. Einerseits soll die ökologische Umstrukturierung der Wirtschaft durch die Bereitstellung des nachhaltigen Rohstoffs Holz als Hauptinstrument des Klimaschutzes unterstützt werden. Andererseits sollen die biologische Vielfalt und alle anderen Ökosystemleistungen gleichermaßen sichergestellt werden.

Hieraus ergibt sich für die Waldbewirtschaftung die herausfordernde und komplexe Aufgabe, Waldökosysteme in ausgewogener Weise zu bewirtschaften, um alle Anforderungen der Gesellschaft zu gewährleisten. Eine umfassende Bewirtschaftungsstrategie für europäische Wälder ist erforderlich, um den Klimaschutz zu unterstützen, und sollte alle sektoralen Anforderungen ausgewogen berücksichtigen. Die neue EU-Waldstrategie ist das richtige Instrument, um alle wichtigen, aber sektoralen Anforderungen in ausgewogener Weise zu koordinieren und den höchstmöglichen Gesamtnutzen im Sinne des Green Deals zu optimieren.

Als Bestandteil des Green Deals sollte die neue EU-Waldstrategie bereits 2020 beschlossen werden. Durch den frühzeitigen Beschluss der EU-Biodiversitätsstrategie mit einseitiger Betonung sektoraler Zielsetzungen hat sich die Abstimmung der neuen Europäischen Waldstrategie aber zeitlich verzögert und ist nunmehr für Anfang 2021 geplant. Stattdessen hat sich aktuell eine grundlegende Dis-

kussion über die Zukunft der europäischen Wälder entwickelt und dominiert derzeit die forstpolitischen Diskussionen auf EU-Ebene. In der Biodiversitätsstrategie, getragen vom Umweltsektor, wird Biodiversität als übergeordnetes Ziel in europäischen Wäldern propagiert. Seitens des Forstsektors wird eine neue EU-Waldstrategie gefordert, welche auf einem multifunktionalen, nachhaltigen Waldmanagement (SFM) mit ausgewogener Berücksichtigung aller den Wald betreffenden Zielsetzungen beruht.

Es liegt der Verdacht nahe, dass mit der frühen Verabschiedung der Biodiversitätsstrategie vor der neuen EU-Waldstrategie Fakten geschaffen werden sollten. So sieht die Biodiversitätsstrategie im Detail eine biodiversitätsfreundliche Aufforstung und Wiederaufforstung, den Schutz von 30 Prozent der EU-Land- und -Meeresfläche auf der Grundlage von Natura 2000, den strikten Schutz eines Drittels dieser Gebiete einschließlich aller Primär- und Altwälder, Bewirtschaftungspläne für alle öffentlichen Wälder und eine höhere Anzahl privater Wälder sowie die Minimierung der Nutzung ganzer Bäume zur Energieerzeugung vor.

Das JCR (Joint Research Institute) veröffentlichte zudem eine Studie im Nature Magazine. Basierend auf Satellitendaten kam man zu dem Ergebnis, dass eine erhöhte Holzernte und Übernutzung in den Wäldern Europas in den vergangenen Jahren, insbesondere in Finnland und Schweden, nicht durch Kalamitäten, sondern durch eine erhöhte Holz Nachfrage der Bioökonomie verursacht wurde. Das European Forest Institute (EFI) hat die publizierte Studie überprüft und ist hierbei zu dem Ergebnis gekommen, dass die JCR-Studie falsch und nicht wissenschaftlich ist. Die festgestellten Veränderungen in der Höhe des Einschlages sind ausschließlich einer veränderten Methodik in der Erhebung und einer systematisch deutlichen Unterschätzung der Kalamitätshiebe geschuldet. Die Behauptung, dass durch eine erhöhte Nachfrage durch die Bioökonomie Wälder übernutzt worden seien, ist hiernach haltlos.

Während die GD Umwelt auf der Grünen Woche in Brüssel weiter für die Idee der biologischen Vielfalt geworben hat, diskutiert der Forstsektor die Schlüsselrolle einer multifunktionalen, nachhaltigen Waldbewirtschaftung im Ständigen Forstausschuss,

in der zivilen Dialoggruppe für Forstwirtschaft und Kork sowie in mehreren Stakeholder-Online-Seminaren und Positionspapieren. Zuletzt hat das europäische Parlament der Kommission den Weg geebnet, eine ehrgeizige und eigenständige EU-Forststrategie vorzuschlagen, und der Rat der Europäischen Union hat sich eindeutig für mehr Kohärenz und eine ausgewogene Waldbewirtschaftung ausgesprochen. Die Art und Weise, wie dieses wichtige Thema vonseiten des Naturschutzes politisch diskutiert wird, erscheint angesichts der großen Bedeutung für die Zukunft der europäischen Wälder und der europäischen Gesellschaft eher unangemessen und sollte deutlich sachlicher diskutiert werden.

Nach den zuletzt abgegebenen Voten des europäischen Parlaments und des Rates der Europäischen Union scheint nunmehr über den eigentlichen Forstsektor hinaus einschließlich der meisten Mitgliedstaaten und der deutschen EU-Präsidentschaft ein großes Einvernehmen zur Notwendigkeit eines multifunktionalen und nachhaltigen Waldmanagements zu bestehen, das alle Dienstleistungen von Wäldern für die Gesellschaft, die vom Green Deal gefordert werden, in ausgewogener Weise einbezieht. Die biologische Vielfalt ist ein wichtiges Thema und sollte unbedingt bewahrt und gefördert werden, aber auch andere Leistungen des Waldes sind wichtig – und am Ende steht die Bioökonomie nicht gegen die biologische Vielfalt. Der nachhaltige Umbau der Wirtschaft soll den Klimawandel stoppen und trägt somit auch zum Erhalt der biologischen Vielfalt bei.

Detaillierte, aber unausgewogene Vorschriften wie die Forderung der Biodiversitätsstrategie nach zusätzlichen Schutzgebietsausweisungen im Wald sind kontraproduktiv und nicht kohärent. Eine Ausweisung von immer mehr Schutzgebieten ist weder das richtige Instrument, um durch den Klimawandel verursachte Veränderungen der Ökosysteme zu stoppen, noch, um die Ausbreitung invasiver Arten zu stoppen. Das altmodische System, Ökosysteme statisch per Verordnung zu schützen, funktioniert nicht mehr, wenn sich das Klima ändert und höhere Temperaturen und ein verändertes Wasserregime die Waldökosysteme schädigen. Wenn sich beispielsweise Buchenwälder klimatisch zu Eichen-Hainbuchen-Wäldern entwickeln, können die Natura-2000-Vorschriften dies nicht verhindern.

In Zeiten des anhaltenden Klimawandels bedarf es in Bezug auf Biodiversität und Waldökosystemleis-

tungen eines neuen, dynamischen Verständnisses des Ökosystemschutzes. In den europäischen Wäldern gibt es genügend Schutzgebiete. Die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherstellung der Ökosystemleistungen sind Bestandteil einer multifunktionalen, nachhaltigen Waldbewirtschaftung, können angemessen und flexibel an sich ändernde Rahmenbedingungen angepasst werden und bedürfen keiner weiteren flächigen Segregation der unterschiedlichen Waldfunktionen.

Aus Sicht der Union der Europäischen Forstleute (UEF) und im überwiegenden Konsens mit den verschiedenen forstlichen Verbänden sollten daher in der neuen EU-Waldstrategie folgende Themen besonders betont werden:

- die Stärkung der multifunktionalen, nachhaltigen Waldbewirtschaftung (SFM), um sicherzustellen, dass der Green Deal hinsichtlich aller zu erbringenden Leistungen des Waldes erfolgreich umgesetzt werden kann
- eine verbesserte Kohärenz aller sektoraler Anforderungen der den Wald betreffenden Politikbereiche
- die Sicherstellung aller Ökosystemleistungen des Waldes und der Waldbewirtschaftung durch multifunktionale, nachhaltige Waldbewirtschaftung ohne weitere Trennung verschiedener Waldfunktionen und neue Unterschutzstellungen und Flächenstilllegungen
- gut ausgebildete, gut ausgestattete und sicher arbeitende Beschäftigte im Wald

Zudem setzt sich die UEF im Zuge der Neuformulierung der europäischen Waldstrategie für eine europaweite Etablierung eines dringend benötigten neuen Finanzierungssystems in der Forstwirtschaft ein.

Mit der raschen und extremen Entwicklung des Klimawandels und der damit einhergehenden dramatischen Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation vieler Waldbesitzer in den letzten Jahren werden die Waldeigentümer zukünftig nicht mehr in der Lage sein, die Leistungen des Waldes durch Holzgeldeinnahmen zu finanzieren und kostenfrei für die Gesellschaft zur Verfügung zu stellen. Ein angemessener pauschaler ha-Satz für zertifizierte Betriebe nach deutschem oder österreichischem Vorbild kann hier langfristig Abhilfe schaffen. ■

Zentrale Forst-Themen vor dem *UEF-Kongress 2021*

Anlässlich des diesjährigen, coronabedingt digital abgehaltenen Governing Council Meetings (GCM) wurde ein Positionspapier des Präsidiums der UEF verabschiedet: „Die europäischen Wälder brauchen eine multifunktionale und nachhaltige Forstwirtschaft mit neuem Finanzierungssystem.“

Die Wälder Europas und alle, die mit und in ihnen arbeiten, bangen um ihre Zukunft. Der immer schneller voranschreitende Klimawandel hat in den letzten drei Jahren nie da gewesene Dürreperioden mit einer europaweit einzigartigen Borkenkäferkatastrophe entstehen lassen. Der internationale Nadelholzmarkt liegt am Boden, ohne kurz- bis mittelfristige Perspektiven. Viele auch große Forstbetriebe wurden und werden ihrer Produktionsgrundlagen beraubt und stehen nicht nur finanziell vor dem Ruin.

Gleichzeitig wachsen die gesellschaftlichen Anforderungen an den Wald und seine Bewirtschaftung unaufhörlich. Dabei geht die Schere zwischen den Zielen der nationalen und europäischen Biodiversitätsstrategien in Hinsicht auf die immer noch vermehrte Ausweisung großflächiger Nullnutzungswälder einerseits und den Bedürfnissen der Bevölkerung nach Erholung und anderweitiger Nutzung in den Waldgebieten vor Ort andererseits erheblich auseinander. Selbst im gerade erst verabschiedeten „Green Deal“ der EU-Kommission wird den Wäldern in Europa eine zentrale Rolle im Kampf gegen den Klimawandel zugeschrieben, die wichtigsten Schlagworte lauten Holzproduktion, Anpassung der Wälder an den Klimawandel, Kohlenstoffspeicherung, Biodiversität und Ökosystemdienstleistungen. Ebenjener Begriff der Ökosystemdienstleistungen hat endlich Einzug in die forstpolitischen Diskussionen auf nationaler und europäischer Ebene gefunden. Allein die Finanzierung dieser durch die Waldbesitzenden zu erbringenden Leistungen steht noch in den Sternen.

Viele DiskursführerInnen auch auf europäischer Ebene sind sich einig, dass die Vielfalt der Leistungen nur durch ein System aus nachhaltiger (multifunktionaler) Waldbewirtschaftung (Sustainable Forestry Management, SFM) zu gewährleisten ist. Diese steht jedoch aus genannten Gründen europaweit vor nie da gewesenen Problemen. Bislang ist es immer noch gelungen, die gesellschaftlichen Leistungen des Waldes durch die Erträge der Waldbewirtschaftung mitzufinanzieren. In großen Teilen Europas stehen die Forstbetriebe vor immensen

Wiederaufforstungsverpflichtungen ohne ausreichende Vorratsausstattung für zukünftige Nutzungen. Eine Gewährleistung und Finanzierung öffentlicher Leistungen ist mittlerweile undenkbar geworden.

Die weitreichenden Ziele des Green Deals lassen sich nur umsetzen, wenn deren Finanzierung gesichert ist. Daher fordert die UEF in ihrem Positionspapier eine Hektar-Prämie für nachhaltig und multifunktional bewirtschaftete Waldflächen. Diese Prämie soll ausdrücklich nicht als Subvention zu verstehen sein, sondern als eine monetäre Gegenleistung für die gesellschaftlichen Leistungen bezahlt werden, die jeder Waldbesitzende im Rahmen der Umsetzung des Green Deals zu erbringen hat. Notwendige Qualitätsstandards in der Waldbewirtschaftung sollen durch die Mitgliedschaft in einem der international anerkannten Forstzertifizierungssysteme gewährleistet werden.

Dieses Papier wurde inzwischen europaweit gestreut und wird somit hoffentlich Eingang in die forstpolitischen Diskussionen der kommenden Monate finden. Insbesondere die anstehende Einigung für die Ziele und Finanzierungswege der neuen GAP-Periode (Gemeinsame Agrar-Politik) bieten hierfür sicher einen geeigneten Rahmen. Das Dokument ist unter folgendem Link zu finden: <http://www.european-foresters.eu/docs/meetings/gcm/UEF%20Position%20Paper%20GCM%2009%202020%20in%20German.pdf>

Die zentrale Frage nach der Zukunft der multifunktionalen Forstwirtschaft im Kontext des Klimawandels wird ebenfalls den in diesem Jahr stattfindenden UEF-Kongress in einer international besetzten Vortragsveranstaltung beschäftigen. Dieser wird vom 29.09 bis 03.10. in Chartres in Frankreich (80 km von Paris entfernt) stattfinden. Die ursprünglich auf Ende Juni terminierte Veranstaltung wurde coronabedingt auf Ende September verschoben. Die Stadt bietet nicht nur bedeutende architektonische Sehenswürdigkeiten, sondern auch forstliche Einblicke in die umliegenden berühmten, ehemals königlichen Eichenwälder. Der im vierjährigen Turnus stattfindende UEF-Kongress wird darüber hinaus ein neues Präsidium wählen. ■

HJ



Der BDF in Baden-Württemberg hat sich *neu aufgestellt*

Im Rahmen der Hauptversammlung im November haben die Mitglieder auf Vorschlag des Landesvorstandes beschlossen, den BDF neu zu strukturieren, um den Verband auf die strukturellen Änderungen einzustellen. Hintergrund ist, dass das forstliche Berufsbild sich stark wandelt und die forstliche Organisation Veränderungen erfahren hat, denen sich der BDF nicht entziehen kann. Auf Sitzungen des BDF-Landesvorstandes mit den Bezirks- und Gruppenvorständen im März und Juli 2020 wurden die erforderlichen Anpassungen der Organisationsstruktur diskutiert.

Der BDF war in seiner aktuellen Aufstellung nicht mehr an die Forstorganisation im „Ländle“ angepasst. Wir haben aber allen Kolleginnen und Kollegen während des ganzen Reformprozesses versprochen, eine Klammer für ALLE im Wald arbeitenden Mitglieder zu bilden. Da wir gesehen haben, dass sich die verschiedenen Teile immer schneller und weiter auseinanderentwickeln, mussten wir darauf reagieren. Hinzu kommt, dass es große Themen gibt, die wir nur durch Kolleginnen und Kollegen abdecken können, die bereit sind, ihr Spezialwissen und ihre Erfahrung in diesen Bereichen mit einzubringen.

Anstelle der bisherigen regionalen Gliederung – Gruppen und Bezirke – wurden nun die Gruppen aufgelöst und die Bezirke neu strukturiert. Die Fachbereiche wurden thematisch neu aufgestellt und in Ausschüsse umbenannt. Vor Ort sollen Vertrauensleute als AnsprechpartnerInnen für die Mitarbeitenden der organisatorischen Einheiten von ForstBW und der Landesforstverwaltung fungieren.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Der BDF ist arbeitsfähig, aber noch sind derzeit nicht alle Funktionen vollständig besetzt, deshalb auch hier der Aufruf an alle Mitglieder, sich noch zu engagieren. Je mehr Kompetenzen und Engagierte zusammenarbeiten, umso wirkungsvoller wird unsere Arbeit und umso weniger belastet ist der/die Einzelne. Bitte melden Sie sich gerne bei einem der Landesvorsitzenden, wenn Sie Interesse an der Mitarbeit haben.

Wo noch Funktionen zu besetzen sind, können Sie auf der nachfolgenden Liste entnehmen. Wir stellen Ihnen darin Ihre neuen Ansprechpartner für den BDF Baden-Württemberg vor und bedanken uns an dieser Stelle bei Rolf Leimgruber und Georg Jehle für ihre engagierte und jahrelange Mitarbeit als stell-

Ihre neuen Ansprechpartner auf einen Blick:

Gewählte Personen		Funktion	Name Ansprechpartner
Landesvorstand	Landesleitung	Landesvorsitzender	Dietmar Hellmann
Landesvorstand		Stellvertreter	Matthias Schmitt
Landesvorstand		Stellvertreter	Tobias Knupfer
Landesvorstand		Schatzmeister und Kasse	Christoph Vogt
Landesvorstand	Region Stuttgart	Vorsitzender	Martin Grüner
		Stellvertreter	Tilman Pfeifle
		Stellvertreter	Lucas Lang
Landesvorstand	Region Karlsruhe	Vorsitzender	Ralf Kemmet
		Stellvertreter	vakant, Anfragen willkommen
		Stellvertreter	vakant, Anfragen willkommen
Landesvorstand	Region Tübingen	Vorsitzender	Ottmar Jochum
		Stellvertreterin	Regina Kille
		Stellvertreterin	Bernadette Jochum
Landesvorstand	Region Freiburg	Vorsitzender	vakant, Anfragen willkommen
		StellvertreterIn	vakant, Anfragen willkommen
		StellvertreterIn	vakant, Anfragen willkommen
Landesvorstand		Landesschriftleitung	Marlene Schmitt
Landesvorstand	Ausschuss 1	Rechtsschutzbeauftragter	Markus Bohnert
Landesvorstand	Ausschuss 6	Senioren, Ruheständler	Georg Jehle
Geschäftsstelle		Geschäftsführerin	Kerstin Völker



vertretende Landesvorsitzende. Sie haben beide nicht mehr kandidiert. Rolf Leimgruber hat die Personalratswahlen für den BDF über viele Jahre und auf allen Ebenen maßgeblich organisiert, mitgestaltet und sehr professionell abgewickelt. Er vertritt jetzt die Belange der Mitarbeitenden im Gesamtpersonalrat von ForstBW. Georg Jehle genießt neuerdings seinen wohlverdienten Ruhestand, bleibt uns aber als Seniorenvertreter im Verband erhalten.

Die Mitglieder in den Ausschüssen erfahren Sie in der nächsten Ausgabe von BDF aktuell.

Landesgeschäftsstelle
 Telefon (0 62 62) 92 51 25
geschaeftsstelle@bdf-bw.de
www.bdf-bw.de

Seniorenvertretung wiederbesetzt

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere die im Ruhestand,

die Funktion der Seniorenvertretung war seit mehreren Jahren vakant. Nachdem ich mittlerweile im Ruhestand bin und das Amt des stellvertretenden Landesvorsitzenden folgerichtig abgegeben habe, bietet es sich an, nun ebendiese vakante Funktion zu übernehmen. Dies tue ich gerne, weil ich hier tatsächlich ein Informations- und Kommunikationsdefizit sehe. Weitere Kollegen haben bereits ihre Bereitschaft bekundet, in der Seniorenvertretung mitzuarbeiten.

Innerhalb kürzester Zeit gehen viele berufliche Kontakte, die jahrelang selbstverständlich waren, verloren und die Newsletter aus den verschiedensten Quellen versiegen ganz plötzlich – das kann ich nach genau einem Jahr im Ruhestand nur bestätigen! Und als Zugabe die Corona-Rahmenbedingungen – ich hätte mir einen günstigeren Einstiegszeitpunkt in den Ruhestand gewünscht! Mittelfristig hoffe ich auf den persönlichen Kontakt, vor allem bei den künftigen Regionalkonferenzen, idealerweise beginnend noch in diesem Jahr 2021. Kurzfristig sehe ich meine Hauptaufgabe darin, Mailadressen von Ihnen – den „Ruheständlern“ – zusammenzutragen und dann ein Informationsnetzwerk aufzu-



bauen – selbstverständlich nur auf freiwilliger Basis und datenschutzrechtlich konform.

*Freut sich auf Ihre
Zuschriften: Georg Jehle*

Deshalb heute mein Appell an Sie, die „erfahrenen“ Seniorinnen und Senioren: Wenn Sie Interesse an einer Art „BDF-Seniorennetzwerk“ haben, schicken Sie mir eine Mail! Gerne dürfen Sie mir auch weitergehende Ideen und Vorschläge mitteilen, auch was Sie sich von mir in der Seniorenvertretung wünschen oder erwarten.

Heute wünsche ich Ihnen alles Gute und freue mich auf die künftigen Kontakte mit Ihnen
 Ihr Georg Jehle, Forstdirektor a. D.
 Seniorenvertreter im BDF BW
 Mail: Georg-Martin-Jehle@t-online.de

PS-Rätsel: Wo befindet sich dieses ehemalige Forstamtsgebäude (Aufnahme von 2004)? Die ersten drei richtigen Rückmeldungen (per E-Mail an Georg-Martin-Jehle@t-online.de) erhalten je drei bereits frankierte Original-BDF-Postkarten! Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.





Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben *gutes Gespür* gezeigt

Gespräch des BDF mit dem Leiter der Forstverwaltung

Borkenkäferkalamitäten im Norden und Osten Bayerns, das Absterben von Laubbäumen und Kiefern in Franken, die Neuorganisation der Landwirtschaftsverwaltung, die knappe Personalsituation in der Forstverwaltung, die Zukunft von Betriebsleitung und -ausführung im Körperschaftswald, die Lage der Forstlichen Zusammenschlüsse, die Ausgestaltung der FZUS-Koordination, die Forstliche Förderung, die Zusammenarbeit mit den Bayerischen Staatsforsten und das forstliche Gutachten: Der Gesprächsbedarf zwischen dem Leiter der Forstverwaltung und dem BDF kurz vor Weihnachten war hoch, die Diskussion sehr sachorientiert und fokussiert.

Hubertus Wörner, der Leiter der Forstverwaltung, spannte zu Beginn den Rahmen von der Waldschadenssituation über die Novellierung des Bundesjagdgesetzes sowie europäische Themen wie Green Deal und EU-Waldstrategie bis hin zum derzeit alles beherrschenden Thema: „Corona“. „Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind mit den Einschränkungen durch die Corona-Pandemie sehr professionell umgegangen. Sie zeigten ein gutes Gespür, waren auf der Fläche weiterhin präsent und haben ihre Arbeit erfolgreich erledigt. Ich kenne keine einzige Beschwerde, dass wegen Corona irgendetwas nicht geklappt hätte“, zeigte sich Wörner sehr zufrieden.

Neuausrichtung der Landwirtschaftsverwaltung

Der BDF machte die Betroffenheiten des Forstes von der Neuausrichtung der Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ÄELF) bei allen Ämtern deutlich. Grundsätzlich begrüße er das gewählte Vorgehen bei den notwendigen Personalmaßnahmen, insbesondere die – zeitaufwendigen – Einzelgespräche mit den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wichtig sei nun aber auch ein zeitnaher Abschluss der besprochenen Dienstvereinbarung mit dem Hauptpersonalrat.

Friedrich Nebl, der Leiter des Personalreferats, zeigte sich froh darüber, dass man bei den Behördenleitungen, den Bereichsleitungen Forsten und den Leitungen der Amtsverwaltung „sehr nahe an einer konsensualen Lösung“ sei. Die Entscheidungen würden jeweils, sobald es geht, bekanntgegeben. Die möglichen Auswirkungen auf die Abteilungsleitungen sind derzeit noch nicht in jedem Fall klar. Das Personalreferat sei aber weiter bemüht, alle anstehenden Personalentscheidungen der Reihe nach und konsensual zu bearbeiten.

Bei einigen Themen seien im weiteren Verlauf der Neuausrichtung der Landwirtschaftsverwaltung noch Diskussionen zu erwarten, die auch den Forstbereich der ÄELF berühren (können). Dies gilt insbesondere für die Öffentlichkeitsarbeit (WIT-Team) und die Bewirtschaftung des Personals in der Amtsverwaltung.

Personalsituation Forstverwaltung

Aus Sicht des BDF haben die Herausforderungen und damit auch der Aufgabenumfang im letzten Jahr massiv zugenommen: die Bewältigung der katastrophalen Borkenkäfer- und weiteren Waldschäden, die sprunghaft gestiegene Zahl an Förderanträgen oder die zunehmenden Ansprüche der Bevölkerung, um nur die wichtigsten zu nennen. Hier habe sich die Hilfe durch Sachbearbeiter zur Unterstützung als sehr wertvoll erwiesen. Diese müssten aber baldmöglichst an allen Ämtern zur Verfügung stehen.

QBF und SB Förderung

Auf Nachfrage durch den BDF sagte das Personalreferat zu, dass die Auswertung der Datenerhebung zur Personalbemessung der QBF und der Sachbearbeiter (SB) Förderung im ersten Quartal vorliegen werde. Man strebe an, die erhöhten Fallzahlen aus dem Jahr 2020 ergänzend in die Überlegungen mit einfließen zu lassen.

Es bestehe Konsens darüber, dass die Stellen aus der Waldumbauoffensive zuvorderst zur Stärkung des „Försters auf der Fläche“ eingesetzt werden sollten. Es müsse aber auch „das Gesamtsystem funktionieren“. Hier spielten zentrale Funktionen wie der QBF und der SB Förderung oder insgesamt auch die IT eine wichtige Rolle. Herr Nebl betonte, dass daher auch das Konzept und die Personalplanung der Waldumbauoffensive einer stetigen Überprüfung und Anpassung unterliegen müssen.

Nicht technischer Verwaltungsdienst

Der BDF bedankte sich für die Einstellung von Projektkräften zur Unterstützung des SB Förderung, die eine effektive Entlastung brachte. Langfristig müssten diese Aufgaben aber von dauerhaft angestelltem Personal erledigt werden. Nur durch eine höhere Eingruppierung/Bewertung könne man sowohl hierfür wie auch für die Amtsverwaltung qualifiziertes



Von der Forstverwaltung nahmen an der Videokonferenz teil: Hubertus Würner, Leiter der Forstverwaltung (Mitte oben); Friedrich Nebl, Leiter des Personalreferats (Mitte unten); Florian Geiger und Justus Bork (nicht auf dem Bild); vom BDF (von oben nach unten und von links nach rechts): Bernd Lauterbach, Tobias Büchner, Robert Nörr und Stefan Kramer.

Personal in ausreichendem Umfang gewinnen. Kein Verständnis habe der BDF, dass die politisch angekündigten IT-Stellen im Zuge der Neuorganisation der Landwirtschaftsverwaltung und des Masterplans Bayern Digital II bisher nicht zur Verfügung gestellt wurden. Allein für die Unterstützung des SB Förderung habe die Forstverwaltung nach Angaben von Herrn Nebl insgesamt 16 AK im Jahr 2020 befristet eingestellt. Ihm sei die hohe Bedeutung einer personellen Konstanz bewusst. Das sprunghafte Ansteigen des Fördervolumens sei in diesem Ausmaß nicht vorhersehbar gewesen. Die Organisation müsse sich grundsätzlich am durchschnittlichen Arbeitsanfall orientieren.

Die Gewinnung von Mitarbeitern des nicht technischen Dienstes ist nach den Erfahrungen des Personalreferats weiterhin schwierig. Vor allem der wohnortnahe Einsatz werde sehr oft als entscheidendes Kriterium genannt. Für die Amtsverwaltung sei eine Aufwertung vorgesehen. So solle in der künftigen Struktur der Ämter auch der Stellvertreter die Qualifikation der QE3 erfüllen. Um diesen Bedarf zu decken, sollen im nächsten Jahr statt sechs nun zehn Anwärterinnen bzw. Anwärter des nicht technischen Dienstes zur Ausbildung in Hof eingestellt werden.

Waldumbaubedarf

Der von der LWF berechnete Waldumbaubedarf basiert derzeit auf den Fichten- und Kiefernanteilen der Privat- und Körperschaftswälder. Aus Sicht der Verwaltungsspitze müssen aber die neuen Entwicklungen und hier insbesondere die Schäden an Laubholz berücksichtigt werden. Hubertus Würner sieht insbesondere in Unterfranken „eine sehr dynamische Entwicklung, die Sorgen bereitet“.

Personalausstattung der Ämter

Zur Personalausstattung der Ämter äußerte sich der Leiter der Forstverwaltung sehr grundsätzlich: Nach seiner Einschätzung wird die Personalkapazität auch zukünftig einen Engpass darstellen. Das Arbeitsvolumen gebe in vielen Fällen die Natur vor und es sei

daher durch die Forstverwaltung nur in geringem Umfang beeinflussbar. Umso wichtiger sei es, Abläufe zu optimieren und bei Arbeitsspitzen Handlungsspielräume gezielt zu suchen und zu nutzen. „Wir müssen uns auf das konzentrieren, womit wir am meisten bewirken können – für den Wald und für die Menschen“, so Würner.

Aufgrund der großen örtlichen Unterschiede und Herausforderungen könnten die zahlreichen Aufgaben nur vor Ort sinnvoll priorisiert werden. Dies sei mit Blick auf die Arbeitsbelastung eine entscheidende Stellschraube und deshalb eine wichtige Führungsaufgabe an den Ämtern. Eine zentrale Vorgabe durch das Ministerium sehe er nicht als zielführend, sicherte aber eine klare Rückendeckung für sinnvolle regionale Schwerpunktsetzungen der Ämter zu. Er warb dafür, mögliche Ermessensspielräume zu nutzen, z. B. bei der Kontrolle von Förderfällen.

Arbeitsbelastung in den Hauptschadensgebieten

Nach Rückmeldungen an den BDF ist die Arbeitsbelastung in den Hauptschadensgebieten enorm. 450 oder sogar über 500 Förderanträge je Revier seien auch bei größtmöglicher Effektivität und langjähriger Erfahrung nicht mehr zu bewältigen. Der mentale Druck durch verzweifelnde Waldbesitzer sei enorm. Im nächsten Jahr werde die Arbeitsbelastung voraussichtlich nochmals ansteigen: Ein Ende der Borkenkäfervermehrung sei nicht in Sicht, riesige Kahlfelder stünden zur Wiederbewaldung an, die großen Schäden an der forstlichen Infrastruktur müssten behoben sowie das Forstliche Gutachten zur Situation der Waldverjüngung erstellt werden.

Der BDF hält Abordnungen in solchen Extremsituationen für notwendig und auch für sinnvoll. Allerdings müsse dabei berücksichtigt werden, dass lange Anreisewege und IT-Probleme die Effektivität der abgeordneten Kollegen schmälerten. Zudem fehlten diese Förster dann aufgrund der sehr angespannten Personalsituation in ihren Stammämtern. Das Personalreferat und die Vorgesetzten vor Ort



versuchen, die Arbeitsbelastung so gerecht wie möglich auszusteuern. Die personelle Unterstützung konzentrierte sich auf die Hauptschadensgebiete. So wurden im Jahr 2020 insgesamt 36 Personen abgeordnet mit dem Schwerpunkt im Frankenwald. Die neuen Anwärter wurden ebenfalls überwiegend dort eingeteilt sowie zusätzliches Geld für Projektkräfte zur Verfügung gestellt. Hinzu kommt vielfache kollegiale Unterstützung bei der Förderabwicklung.

Hubertus Wörner sieht die Abordnungen auch als Chance und dankt allen Beschäftigten, die sich darauf einlassen. Abordnungen seien ein sichtbares Zeichen der Solidarität innerhalb der Forstverwaltung und ermöglichten einen intensiven Erfahrungsaustausch.

Waldumbauprogramm

Wie ein roter Faden zieht sich für den BDF der Personalangel durch alle diskutierten Themen. Mit den richtungsweisenden Beschlüssen zur Waldumbauoffensive wurden bei den Mitgliedern große Hoffnungen auf Unterstützung der eigenen Arbeit geweckt. Es werde zwar anerkannt, dass die Stellen aus dem im Jahr 2005 beschlossenen und weiter fortlaufenden Personalabbau nun für die Waldumbauoffensive eingesetzt werden können. Ob man hier aber von „neuen Stellen“ sprechen kann, ist aus Sicht der Mitglieder – diplomatisch formuliert – Interpretationssache. Fakt ist allerdings, dass trotz der genannten dramatischen Herausforderungen und großen Aufgabenmehrungen zum Jahresende 2020 im Saldo kaum mehr Stellen zur Verfügung stehen als am 01.01.2018, dem Beginn der Waldumbauoffensive. Durch die Umwandlung von QE4-Stellen in QE3-Stellen steigen zudem die Engpässe in der QE4 massiv an.

Für den Leiter der Forstverwaltung ist es ein großer Erfolg, dass bisher 53 Stellen für die Waldumbauoffensive ausgebracht werden konnten. Diese wären sonst verloren. Dies sollte anerkannt werden. Der Klimawandel, der viel schneller fortschreitet als im Jahr 2018 vorhergesagt, und die damit verbundene Arbeitsfülle würden allerdings für eine frühzeitigere Realisierung der beschlossenen 200 Stellen sprechen.

Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse

Die schwierige wirtschaftliche und personelle Situation der Forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse (FZus) sehen sowohl die Forstverwaltung als auch der BDF mit Sorge. Die Forstverwaltung stellte die aus ihrer Sicht möglichen Entlastungen bei der Förderung vor. Neu sind die Planungen, ab dem 01.01.21 die Informationsveranstaltungen für Mit-

glieder und die strukturverbessernden Einzelprojekte von „de minimis“ freizustellen. Davon würden die 30 FZus profitieren, deren Förderung die „de minimis“-Obergrenze von 200.000 € in drei Jahren bereits heute übersteigt.

Zur Umsetzung der FZus-Koordination gibt es weiterhin unterschiedliche Auffassungen zwischen BDF und Forstverwaltung. Der BDF bedauert, dass die fachlichen Argumente des BDF wenig berücksichtigt wurden.

Neubewertung BL/BA

Der BDF forderte vor dem Hintergrund der dramatischen Waldschäden für die Betriebsleitung und -ausführung eine Neubewertung. Ärger und politischer Druck der betroffenen Gemeinden nehmen aus Sicht des BDF deutlich zu.

Der Leiter der Forstverwaltung warb um Verständnis, dass sich die angekündigten Entscheidungen verzögert haben. Grund dafür sei neben Corona auch die dynamische Entwicklung der Waldschäden gerade in Franken. „Mir ist sehr bewusst, dass die Kommunen und auch unsere Leute wissen wollen, wie es weitergeht und unter welchen Bedingungen“, so Wörner. Dennoch bat er noch um etwas Geduld: „Am Ende kommt es vor allem darauf an, dass das Ergebnis passt und den aktuellen Entwicklungen Rechnung trägt.“

Weitere Themen

Die Zusammenarbeit mit den Bayerischen Staatsforsten, insbesondere bei den neu ausgewiesenen Naturwäldern, die Forstliche Förderung und das Forstliche Gutachten zur Situation der Waldverjüngung waren weitere wichtige Diskussionspunkte. Mit einem gegenseitigen Dank für die offene, sachorientierte und stringente Diskussion und der Zusicherung eines kontinuierlichen Austauschs endete das mehr als zweieinhalbstündige Gespräch per Videokonferenz. ■

Landesgeschäftsstelle
Telefon (0 92 66) 9 92 11 72
info@bdf-bayern.de
www.bdf-bayern.de

„Wir sind ein *Flächenunternehmen* und müssen auf der Fläche präsent bleiben“

Gespräch mit Finanzvorstand Manfred Kröninger

Zwei „Programmsätze“ formuliert Manfred Kröninger, Finanzvorstand der Bayerischen Staatsforsten (BaySF), im Laufe eines langen und intensiven Gesprächs mit dem BDF kurz vor Weihnachten. „Wir sind ein Flächenunternehmen und müssen auf der Fläche präsent bleiben“, so Kröninger. Das bedeute nicht, dass es im Rahmen der strategischen Neuausrichtung „Forstbetrieb 2030“ keine Änderungen von Strukturen und Prozessen geben werde. Er schliesse aber eine vollständige Funktionalisierung aus und stellte zudem klar: „Unsere Kernaufgabe ist und bleibt die Waldbewirtschaftung.“ Die Bewirtschaftung umfasse aber nicht nur die forstlichen Kernprozesse, sondern die Umsetzung aller vom Freistaat vorgegebenen Ziele wie z. B. der Waldnaturschutz, die Ausrichtung zum Klimawald oder die neuen Geschäftsfelder.

Der Forstbetrieb 2030

Der „Forstbetrieb 2030“ (FB 2030) ist ein Strategieprojekt, das die zukünftige Ausrichtung der BaySF analysieren und an die Ziele und neuen Rahmenbedingungen anpassen soll. Der Name selbst ist vor gut einem Jahr entstanden. Mit der Umsetzung des Projekts wurde Finanzvorstand Manfred Kröninger betraut. In einem Lenkungsausschuss, bestehend aus den Vorständen und zwei Vertretern des Gesamtpersonalrats (GPR), wird der grundsätzliche Rahmen abgesteckt.

Offizieller Projektstart war der 1.12.2020. Als Projektleiterin wurde Linda Madl berufen. Für die Zusammensetzung des „Kern-Teams“ konnte u. a. auch der GPR Vorschläge unterbreiten. Workshops mit den Bereichen und mit den Forstbetriebsleitern wurden im Vorfeld durchgeführt.

Manfred Kröninger und der FB 2030

Manfred Kröninger hatte noch als Mitarbeiter des „gehobenen Dienstes“ die Gründung der BaySF mitbegleitet. „Die Dynamik war riesig und an manchen Stellen auch mir etwas zu schnell“, erinnert sich Kröninger. In einem großen Kraftakt wurde viel Neues und Innovatives entwickelt. Die BaySF entwickelte innerhalb kürzester Zeit eine eigene Identität mit konkreten Zielen. Das neue Unternehmen hatte zwar Glück mit dem Holzpreis, der finanzielle Erfolg war aber auch ein Ergebnis guten Wirtschaftens. Die Personalausstattung war stellenweise knapp bemessen und an den finanziellen Möglichkeiten ausgerichtet.



„Wir sind ein Flächenunternehmen und müssen auf der Fläche präsent bleiben“, stellte Finanzvorstand Manfred Kröninger im Gespräch mit dem BDF klar.

„2010 wechselte ich dann an das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und hatte als Haushälter mit der BaySF mit Ausnahme des Finanzergebnisses eher weniger Berührungspunkte. Ab 2015 habe ich mich dann immer intensiver mit den BaySF beschäftigt. Insbesondere in die Diskussion um die Pensionsrückstellungen war ich sehr intensiv involviert“, berichtete Kröninger. Seit dem 01.08.2020 ist Manfred Kröninger nun Finanzvorstand der BaySF, seit dem 01.12.2020 leitet er die Projektorganisation Forstbetrieb 2030.

Entstehung des FB 2030

Zur Entstehung des FB 2030 erläutert der Finanzvorstand: „Nach den großen Veränderungen im Jahr 2007 ist es wichtig und richtig gewesen, die Geschwindigkeit der Veränderungen zurückzunehmen, um das Personal nicht zu überfordern und die Prozesse zu stabilisieren. Wir schreiben heute aber das Jahr 2020. Bei meinen jetzigen Forstbetriebsbesuchen und in vielen Gesprächen habe ich auf der einen Seite sehr viel Positives erfahren, andererseits aber auch Bereiche mit klarem Handlungsbedarf identifizieren müssen. Zudem haben wir aufgrund der Holzmarktentwicklung eine wirtschaftlich sehr



schwierige Situation, die durch die Corona-Pandemie noch verschärft wird.“

Ziele des FB 2030

Nach Art. 18 BayWaldG ist der Staatswald vorbildlich zu bewirtschaften. Mit der genauen Bedeutung des Begriffes „Vorbildlichkeit“ haben sich Staatsministerin Michaela Kaniber, der Aufsichtsrat und Kröniger selbst intensiv befasst. Es sei erklärtes Ziel, diese hohen Standards zu halten. „Das ist unser Markenkern“, so Kröniger. Aus seiner Sicht ist die „Vorbildlichkeit“ ausreichend definiert.

Die Ausrufung zum Klimawald durch Ministerpräsident Markus Söder stelle einen Paradigmenwechsel dar. Ebenso die Ankündigung, dass zukünftige Gewinne im Unternehmen und damit im Staatswald verbleiben können und in den Klimawald investiert werden sollen. Im Staatshaushalt 2021 sind rund 11 Mio. Euro für die besonderen Gemeinwohlleistungen vorgesehen und 5 Mio. Euro für den Klimawald.

Der Finanzvorstand stellte zudem klar: „Unsere Kernaufgabe ist und bleibt die Waldbewirtschaftung.“ Die Bewirtschaftung umfasse aber nicht nur die forstlichen Kernprozesse, sondern die Umsetzung aller vom Freistaat vorgegebenen Ziele wie z. B. die Ausrichtung als Klimawald, der Waldnaturschutz oder die neuen Geschäftsfelder. Dabei dürfe sich die BaySF aber auch nicht „verzetteln“.

„Mein Ziel ist, die BaySF als erfolgreiches Unternehmen zu organisieren, das unabhängig von der jeweiligen Ausrichtung alle Aufgaben effizient und umfassend erfüllen kann. Für mich lautet daher die wichtigste Frage: Passen unsere Abläufe noch?“, verdeutlicht Manfred Kröniger.

Ablauf des FB 2030

Zunächst sollen ein Zielbild definiert und die einzelnen Prozesse analysiert werden. Derzeit werden hierzu die Arbeitspakete gebildet. Es werden Kernteams und mehrere Prozessforen etabliert, die sich aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Forstbetriebe und der Zentrale zusammensetzen. Bis zum Juni 2021 sollen die entscheidenden Eckpunkte erarbeitet und dem Aufsichtsrat zur Entscheidung vorgelegt werden. Der Zeitdruck ist damit ausgesprochen hoch.

Derzeit sind drei Oberziele definiert:

1. Leistungsfähigkeit mit dem Ziel, dass sich die BaySF auf Dauer selbst finanzieren kann
2. Flexibilität mit dem Ziel, das stellenweise wechselnde Arbeitsvolumen zielgemäß zu meistern
3. Unternehmenskultur mit dem Ziel, die Führung und die Partizipation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verbessern

Der Finanzvorstand sagte dabei größtmögliche Transparenz des Prozesses zu. So werde in jeder GPR-Sitzung der aktuelle Stand vorgestellt.

Personal

Kein Ziel des FB 2030 ist laut Kröniger ein aktiver Personalabbau, da die Herausforderungen und Aufgaben eher zu- als abnehmen. Er sichere zu, dass die Einstellungskorridore offen bleiben und dass weiter ausgebildet wird.

In den nächsten zehn Jahren gehen rund 900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Pension/Rente, davon gut 200 Revierleiter. Ein möglichst reibungsloser Übergang ist für Kröniger von ebenso großer Bedeutung wie das Thema Aufgabenerfüllung. Für die Analyse der Aufgabenerfüllung werden drei Ebenen unterschieden:

1. Leitungs- und Prozessebene: Hier sind Änderungen zu erwarten.
2. Verwaltung und Administrationsebene: Größere Änderungen aufgrund von Digitalisierung und Spezialisierung sind sehr wahrscheinlich.
3. Operative Ebene: Auch hier wird es Änderungen geben. Allerdings stellt Manfred Kröniger klar: „Wir sind ein Flächenunternehmen und müssen auf der Fläche präsent bleiben.“

Veränderungen in der Struktur sollen nach seinen Vorstellungen nicht notwendigerweise mit einem Umzug verbunden sein. Die vielen und guten Betriebsgebäude der BaySF würden in Verbindung mit der Digitalisierung und den Chancen des mobilen Arbeitens (Stichwort „Homeoffice“) gute Möglichkeiten für dezentrales Arbeiten bieten.

BDF: BaySF langfristig ausrichten

Der BDF stellte seine Gedanken zum Zukunftsfors (siehe Artikel in der Januar-Ausgabe und die Fortsetzung in dieser Ausgabe) vor. Intensive Diskussionen mit vielen Ansätzen und praktischen Beispielen insbesondere zur Öffentlichkeitsarbeit, zum Spannungsfeld „Flächenzuständigkeit – Spezialisierung“, zu Arbeitsbelastung und Entlastungsmöglichkeiten, aber auch zu den Zielvorgaben der BaySF nahmen einen sehr breiten Raum ein. Drei Kernsätze des BDF:

1. „Nicht die jetzige, extrem schlechte finanzielle Situation darf Maßstab für die Neuausrichtung durch den FB 2030 sein.“ Ein Strukturprozess ist immer mittel- bis langfristig ausgelegt und muss dies bei den Rahmenbedingungen berücksichtigen.
2. „Wir haben sehr viele Stärken. Diese sollten wir stärken und keinesfalls schwächen.“ Hauptfokus dieser Aussage liegt auf einer Beibehaltung der Flächenverantwortung.
3. Die Herausforderungen des rasant fortschreitenden Klimawandels werden den bayerischen

Staatswald die kommenden Jahrzehnte prägen. Ausreichend Personal auf der Fläche bildet die unabdingbare Voraussetzung für die Bewältigung dieser Herkulesaufgabe.

Zu den Chancen und Risiken der Digitalisierung räumte Manfred Kröninger ein, dass nicht immer alles richtig gemacht wurde. Und für die Zukunft: „Nicht alles, was technisch geht, muss man auch machen. Sie dürfen mich daran erinnern.“

Der Finanzvorstand bedankte sich für das „sehr effiziente“ Gespräch und bezeichnete es als den Anfang eines guten Dialogs. Landesvorsitzender Bernd Lauterbach erklärte sich gerne zu dessen Fortsetzung bereit und dankte für das offene und konstruktive Gespräch in sehr positiver Atmosphäre. ■

Zukunftsforst – Organisationsstruktur für den Bay. Staatswald im nächsten Jahrzehnt, Teil 2

In Teil 1 (Januar-Ausgabe BDF aktuell) wurden die aktuellen Herausforderungen und das forstliche Kerngeschäft analysiert sowie die notwendigen Schlussfolgerungen hieraus gezogen. Diese umfassen neben der Anpassung der Zielvorgaben den Erhalt der vollen Flächenverantwortung, einen Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit, das Bündeln von Spezialwissen für Teilbereiche, die genaue Analyse von Entlastungen und den Ausgleich von Teilzeit/Elternzeit.

Zu hohe Arbeitsbelastung

Die Arbeitsbelastung im Bayerischen Staatsforst ist in allen Bereichen hoch. Bestätigt wird diese Tatsache u. a. durch einen Untersuchungsbericht über die Arbeitsbelastung und die Arbeitsprozesse an den Forstbetrieben.

■ Personalkennzahlen richtig einordnen
Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass Personalkennzahlen in der gewählten Berechnungsart nur einen Überblick über die Verteilung des vorhandenen Arbeitsvolumens auf die einzelnen Personen oder Organisationseinheiten geben. Sie können keine Aussage darüber treffen, ob das Arbeitsvolumen in der gesetzlichen oder tariflichen Arbeitszeit und in der walddesetzlich geforderten vorbildlichen Qualität auch erfüllt werden kann.

Daher liefern sie für die Einschätzung einer der Aufgabe angemessenen Personalausstattung nur einen Teilaspekt, denn: Bei einer veränderten Zahl der untersuchten Einheiten ergibt sich immer – und bei jeder Neuberechnung wiederum – ein Teil oberhalb und ein Teil unterhalb des durchschnittlichen Arbeitsvolumens, also eine Verteilung um die Zahl 1. Diese Berechnung kann theoretisch so lange fortgeführt werden, bis nur mehr zwei Einheiten vorhan-

den sind. Wenn beide nicht absolut gleiche Ausgangsgrößen aufweisen, wird auch dann die eine über der magischen 1 und die andere darunterliegen! Personalkennzahlen in dieser Form müssen für eine fundierte Beurteilung mit zusätzlichen Gesichtspunkten ergänzt werden, um abschätzen zu können, inwieweit eine Organisationseinheit stark oder weniger stark belastet ist.

■ Dezentrale Verantwortung stärken
Im Verhältnis Zentralstrukturen zu dezentralen Strukturen ergibt sich v. a. aufgrund der sehr unterschiedlichen örtlichen Verhältnisse sowie der großen Flächenausdehnung die Notwendigkeit, das Subsidiaritätsprinzip vollumfänglich und konsequent anzuwenden. Was vor Ort entschieden werden kann, muss auch vor Ort entschieden werden dürfen. Sowohl in finanzieller Hinsicht wie bei der Erfüllung der naturalen Größen muss vor Ort verantwortet werden können, welche Prioritäten zu setzen sind. Bei zu dominanter zentraler Steuerung besteht die Gefahr, dass z. B. waldbauliche oder naturschutzfachliche Vorgaben nicht oder nur mangelhaft umgesetzt werden können, weil die Finanzausstattung nicht ausreichend ist. Hier sind klare und ausreichende Kompetenzen für die Einheiten vor Ort notwendig. Bei widersprüchlichen Zielvorgaben oder zu geringen Finanz- oder Personalressourcen müssen regionale Prioritäten möglich sein.

Sinnvoll hingegen ist eine zentrale Überprüfung, ob örtliche Entscheidungen nachvollziehbar, verantwortungsvoll und im Rahmen der Vorgaben und Ressourcen erfolgten. Eine zu strikte Führung mit Zielvorgaben widerspricht allerdings den Grundsätzen der Subsidiarität.

Das Subsidiaritätsprinzip muss zudem auch gelten, wenn neue Geschäftsfelder ausgebaut werden sol-



len. Es gibt sinnvolle Geschäfte außerhalb des forstlichen Kerngeschäftes, mit denen sich eine forstliche Organisationseinheit auch in finanzieller Hinsicht diversifizieren kann. Dabei spielen aber das lokale Umfeld und/oder gewachsene Strukturen die entscheidende Rolle für eine Akzeptanz und den geschäftlichen Erfolg. Und diese Kenntnisse finden sich nur vor Ort.

Fazit

Wenn nach fünfzehn Jahren ein großer Forstbetrieb über seine Strukturen nachdenkt, ist das aus Sicht des BDF Bayern ein notwendiger und sinnvoller Vorgang. Die Probleme auf dem Holzmarkt, die eine geregelte und rentable Forstwirtschaft in Mitteleuropa derzeit unmöglich machen, dürfen aber nicht der Maßstab für mögliche strukturelle Veränderungen sein!

In den Mittelpunkt der Überlegungen müssen vielmehr folgende Tatsachen gestellt werden:

- Der Klimawandel stellt unsere Wälder und seine Bewirtschafter vor enorme Herausforderungen.
- Die gesellschaftlichen Ansprüche an den Wald wachsen stark.
- Eine weiterhin ökonomische Ausrichtung im Staatswald wird von den Waldnutzern abgelehnt.
- Die Gesellschaft hat ein zunehmend hohes Bedürfnis nach detaillierten Informationen über das konkrete forstliche Handeln.
- Intakte Wälder sind ein eminent wichtiger Faktor der Daseinsfürsorge.
- Eine intelligente Holznutzung wirkt sich sehr positiv auf die CO₂-Bilanz einer Gesellschaft aus.
- Der Rohstoff Holz besitzt enorme Zukunftsaussichten, u. a. in der Biotechnologie.

- Heimisches Holz ist die Grundlage für den Erhalt und Ausbau des Wirtschaftsclusters Wald – Forst – Holz als wichtiger und äußerst krisenfester Arbeitgeber nicht nur, aber auch im ländlichen Raum.

Wenn sich der Klimawandel weiter beschleunigt, wenn meteorologische und biologische Gefährdungen für unsere bayerischen Wälder weiter rasch zunehmen – wie viele Wissenschaftler in ihren Prognosen vorhersagen –, dann könnten sich in kurzer Zeit ganz neue Fragen stellen. Schon jetzt rückt in manchen Regionen der Walderhalt in den Fokus, völlig unabhängig von der Besitzstruktur. Walderhalt ist dann die zentrale Aufgabe, die unabdingbar notwendig ist für den Erhalt weiterer menschlicher Lebensgrundlagen. Spätestens dann müssen Entscheidungen getroffen werden, die weit über die aktuelle Strukturanpassungsdiskussion in den Bayerischen Staatsforsten hinausgehen. Vor allen Diskussionen muss allerdings eine Anpassung der Zielsetzung für den Bayerischen Staatswald stehen. Gesellschaftliche Anforderungen, die Ausrufung zu Klimawald und die finanziellen Vorgaben klaffen immer weiter auseinander. Deshalb muss der Souverän über den bayerischen Staatswald, d. h. der Landtag im Zusammenwirken mit dem Ministerrat, klar definieren, welche Aufgaben den Bayerischen Staatsforsten über das im Jahr 2005 definierte Aufgabenvolumen hinaus übertragen werden sollen. Denn in den vergangenen 15 Jahren haben im und um den Wald so tiefgreifende Änderungen stattgefunden, dass auch in dieser Hinsicht eine Neuausrichtung erforderlich ist, die vor einer Strukturdiskussion zwingend definiert werden muss. ■

EXISTENZIELLER DIENSTUNFÄHIGKEITSSCHUTZ

Mehr Infos hier: <http://goto.bdf-sozialwerk.de/du>



YouTube

Verständlich erklärt:
Die Berufsunfähigkeitsversicherung

www.bdf-sozialwerk.de

<http://goto.bdf-sozialwerk.de/buv>

JETZT
KOSTENLOS ANRUFEN:
0800-8451090
UND EIN UNVERBINDLICHES ANGEBOT ANFORDERN!

Am Weingarten 18 · 90518 Altdorf
info@bdfsozialwerk.de

www.bdf-sozialwerk.de



Europa-Pläne für Bayern problematisch – Update

Wie in der vorletzten Ausgabe BDF aktuell beschrieben, wird die Biodiversitätsstrategie der EU sowie der „European Green Deal“ (Europäischer Grüner Deal) die Forstwirtschaft auch in Bayern stark betreffen. Der BDF Bayern hat daher zahlreiche Gespräche geführt und sich am 1. Dezember an einer Videokonferenz „Perspektiven für eine EU-Waldstrategie nach 2020“ beteiligt.

Gespräch mit MdEP Christian Doleschal



Christian Doleschal, EVP-Abgeordneter im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments, will einen „Sustainable Deal“ (Nachhaltigkeits-Deal) und nicht einen „Green Deal“ der Kommission.

„Sustainable Deal (Nachhaltigkeits-Deal) und nicht Green Deal muss der neue Weg der Kommission heißen“, fordert Christian Doleschal, EVP-Abgeordneter im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments und Vorsitzender der Jungen Union Bayern. Aus seinen persönlichen Erfahrungen in der Oberpfalz und aufgrund vieler Gespräche sehe er keinerlei Bedarf einer weiteren Waldstilllegung, da der Wald in Bayern sehr verantwortungsvoll und nachhaltig bewirtschaftet werde. Er setze sich daher mit allen Möglichkeiten dafür ein, dass die Biodiversitätsstrategie mit den umfangreichen Unterschutzstellungen in dieser Form nicht kommen werde.

Als Folge der Corona-Pandemie werden in den nächsten Jahren die Arbeitsplätze das zentrale Thema werden. Hier spiele die Forstwirtschaft als Lieferantin des nachhaltigen Rohstoffes Holz eine unverzichtbare Rolle. In der Diskussion um die CO₂-Speicherung und die Anrechnung der Senkenleistung durch Wald und Forstwirtschaft setze er sich für die Anerkennung der CO₂-Speicherung

durch Holzprodukte ein. Die von der EU angekündigte Renovierungswelle mit 23 Initiativen u. a. zu nachhaltigem Bauen sehe er als große Chance, die Finanzierung sei aber derzeit noch unklar.

Obwohl der Wald in der riesigen Themenfülle des „EU-Newcomers“ Doleschal eher ein Randthema darstellt, zeigte er sich sehr gut informiert und vorbereitet. Auch viele Spezialthemen wie die „de minimis“-Obergrenzen wurden diskutiert. Sobald es die Infektionslage zulässt, sind persönliche Treffen bei einer Waldexkursion oder zum Thema Holzbau geplant.

Gespräch mit MdEP Marlene Mortler



Marlene Mortler, Fachabgeordnete der CSU-Europagruppe im Agrarausschuss der EU, setzt sich für eine nachhaltige, multifunktionale Forstwirtschaft ein und lehnt weitere großflächige Stilllegungen ab.

Ebenfalls große Übereinstimmung erbrachte das Gespräch zwischen Marlene Mortler, Fachabgeordnete der CSU-Europagruppe im Agrarausschuss der EU und dem BDF. So spricht sich MdEP Mortler klar für eine nachhaltige, multifunktionale Forstwirtschaft aus und lehnt weitere großflächige Stilllegungen ab. Mit dem „grünen Zeitgeist“ habe sehr viel Ideologie in die EU Einzug gehalten. In der Debatte um den Green Deal und die Forstwirtschaft seien z. T. bewusst falsche Studien publiziert und unzulässige Verallgemeinerungen gemacht worden.

Zwar sei nicht beabsichtigt, die Kompetenz für die Wälder nach Europa zu ziehen. Dennoch würden viele Regelungen der EU die Wälder und die Forstwirtschaft betreffen, sodass man in der EU auch



hierfür um Mehrheiten kämpfen müsse. Die Pläne der Kommission, die „Rolle der Zivilgesellschaft als Überwachungsinstanz für die Einhaltung der Vorschriften zu unterstützen“, sieht die Europaabgeordnete sehr kritisch. Sie setze sich mit ihrer Partei stark im Sinne der Agenda 21 ein. „Aber es ist bezeichnend, dass die Europäische Kommission sich nicht im Geringsten an die Vorschläge des Rates hält bzw. unsere Vorschläge halten will. Wir dürfen es aufgrund falsch verstandener Naturschutzpolitik nicht hinnehmen, dass am Ende der Wald zu einer CO₂-Quelle statt einer CO₂-Senke wird“, so Mortler.

Gespräch mit MdEP Maria Noichl



Europaabgeordnete Maria Noichl, Berichterstatterin der Europa-SPD zur Agrarreform: „Wir dürfen nicht unseren Wald schützen und gleichzeitig für unseren Holzbedarf andere Wälder ausbeuten.“

Europaabgeordnete Maria Noichl, Mitglied im Landwirtschaftsausschuss und Berichterstatterin der Europa-SPD zur Agrarreform, sieht den Green Deal als einen guten Vorschlag der Kommission. Seine Umsetzung sei jedoch derzeit weder mit dem Parlament noch mit dem EU-Rat abgestimmt. Das Parlament treffe zwar wichtige Grundsatzentscheidungen (sie nannte es „Sonntags-Parlament“), in der konkreten Umsetzung würden diese Entscheidungen dann aber häufig missachtet („Montags-Parlament“).

Der Green Deal berührt den Wald aus ihrer Sicht in vier Punkten:

1. Beim Import von Produkten wie Soja, Rindfleisch, Palmöl, Kakao, aber auch Holz müssen die Auswirkungen auf die Waldverdrängung weltweit sowie auf die Menschenrechte nachgewiesen werden.
2. Alle Handelsabkommen, die zu einem Abholzen von Wäldern führen, sind zu stoppen (z. B. das Mercosur-Abkommen).
3. Die Importe illegaler Holzeinschläge in die EU sind effektiv zu bekämpfen.
4. Europas Wälder sind in ihrer Vielfalt und Stabilität wiederherzustellen.

Laut MdEP Noichl betrifft nur der letzte Punkt die Wälder in Bayern direkt. Deren Zustand bezeichnete sie als „sehr gut“. Probleme gebe es v. a. mit Plantagen in anderen Ländern. Zur Stilllegung von Waldflächen vertrat sie eine eindeutige Position: „Wir

dürfen nicht unseren Wald schützen und gleichzeitig für unseren Holzbedarf andere Wälder ausbeuten. Wir müssen mit unseren eigenen Waldflächen auskommen.“

Die von der Kommission vorgeschlagene Unterstützung der Rolle der Zivilgesellschaft als Überwachungsinstanz für die Einhaltung der Vorschriften lehnt die Agrarsprecherin ab. Wichtiger sei vielmehr eine verstärkte Aufklärungsarbeit der Bevölkerung und der Waldbesitzer. Noichl wörtlich: „Der Wald ist ein Bildungsthema.“ Da Wald und Forstwirtschaft ein nationales Thema seien, könne die EU hierzu nur begrenzt Vorgaben machen.

Videokonferenz „Perspektiven für eine EU-Waldstrategie nach 2020“

Auf Einladung von Forstministerin Michaela Kaniber nahm der Landesvorsitzende Bernd Lauterbach an einer Videokonferenz teil, die von der Bayerischen Europäischen Vertretung in Brüssel organisiert war und Aufklärung über die Perspektiven einer EU-Waldstrategie nach 2020 bringen sollte. Die deutsche Ratspräsidentschaft wurde durch Dr. Eva Müller vertreten, die Abteilungsleiterin im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft.

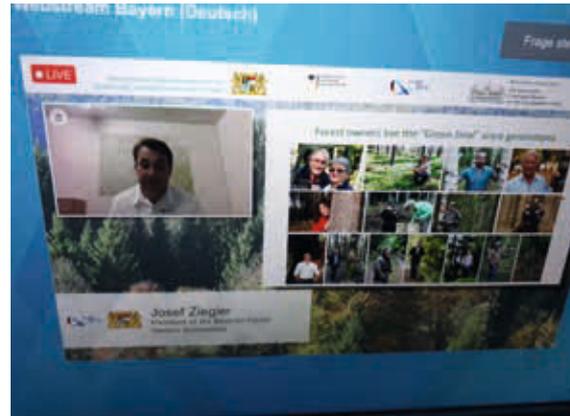
Nach der Eröffnungsrede von Staatsministerin Kaniber, in der sie auf die Subsidiarität in der Forstpolitik hinwies, folgten mehrere Einzelvorträge, die die verschiedenen Sichtweisen und die Bandbreite der europäischen Forstpolitik deutlich werden ließen. Die bayerischen Forderungen verknüpfte Marlene Mortler, MdEP, mit den europäischen Rahmenbedingungen. Reinhard Neft, Präsident der EUSTAFOR, ging auf die Bedeutung des multifunktionalen Waldes und die Besonderheiten der Waldbewirtschaftung in Bayern ein.

Josef Ziegler, Präsident des Bayerischen Waldbesitzerverbandes, forderte, dass sich eine gute Forstpolitik an einer ganzheitlichen Betrachtung des Systems Wald orientieren und den größten Gesamtnutzen anstreben müsse. Auf möglichst großer Fläche solle eine Vielzahl der Waldfunktionen erreicht und sollten nicht nur einige wenige optimiert werden. Er bemängelte zudem, dass die bisherigen EU-Aktivitäten zu wenig ganzheitlich und integrativ und in einer neuen Waldstrategie deutlich zu verbessern seien.

In der anschließenden Chat-Diskussionsrunde mahnte Bernd Lauterbach eine intensivere Ausbildung der zukünftigen Forstleute an, damit diese ihrer Moderatorenrolle gerecht werden können. Reinhard Neft beschrieb hierauf die in der BaySF schon angebotenen Fortbildungen und Spezialisierungen, aufbauend auf einem guten Studium.



Oliver Wiesel ist seit dem 29.09.2020 neuer stellvertretender HPR-Vorsitzender und kandidiert für die HPR-Wahl 2021 auf Platz 1 der BDF-Beamtenliste.



Josef Ziegler, Präsident des Bayerischen Waldbesitzerverbandes, forderte die Sicherstellung aller Waldfunktionen.

Die Antworten auf die Frage des BDF nach einer zukunftsfähigen Finanzierung der Wälder zeigten den hohen Gesprächsbedarf, um die Besonderheiten der deutschen Forstwirtschaft den Vertretern anderer Länder, aber auch anderer Interessengruppen zu vermitteln. Nur durch diese Gespräche wird es uns

gelingen, Einschränkungen für die zukünftige Bewirtschaftung zu vermeiden und die Leistungen der Wälder für den Naturhaushalt, die Klimaentwicklung, die Gesellschaft und die Beschäftigung in den Vordergrund zu stellen. ■

Oliver Wiesel neuer stellvertretender HPR-Vorsitzender und Kandidat für die HPR-Wahl 2021

BDF aktuell: Hallo, Oliver, zunächst herzlichen Glückwunsch! Am 29.09.2020 wurdest du zum stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptpersonalrats (HPR) am StMELF gewählt. Wie kam es dazu?

Unser Kollege Klaus Wagner, ein forstliches „Urgestein“ im Hauptpersonalrat und auch langjähriger stellvertretender HPR-Vorsitzender, ist am 24.09.2020 in die Freistellungsphase der Altersteilzeit getreten. Mein Nachrücken als Mitglied in den Hauptpersonalrat war somit – als nächster Listennachfolger – noch „business as usual“. Man hat mich jedoch gleich als Beamtenvertreter zum (weiteren) stellvertretenden Vorsitzenden dieses Gremiums gewählt. Ich war dort zwar durch meine Zeiten als reguläres bzw. langjähriges Ersatzmitglied kein Unbekannter mehr, dennoch ist dieses Vorgehen sicher nicht die Regel. Ich betrachte das als großen Vertrauensbeweis, und es erfüllt mich mit einer gehörigen Portion Ehrfurcht und Demut. Ich muss auch gestehen, dass ich mit mir und der Familie vorher eingehend in Klausur gegangen bin, bis klar war: Das greifst du jetzt an!



Reinhard Neft, Präsident der EUSTAFOR, zeigte die Bedeutung eines multifunktionalen Waldes auf.



BDF aktuell: Der BDF freut sich sehr, dass du dich als stellvertretender HPR-Vorsitzender zur Verfügung stellst. Immerhin hast du dich 17 Jahre lang (1999–2016) sehr stark im BDF-Vorstand eingebracht und kennst daher alle Sorgen und Nöte der Mitarbeiter wie kaum ein anderer. Wie lange engagierst du dich schon im HPR?

Meine „Karriere“ im höchsten Stufengremium begann „ernsthaft“ mit Inkrafttreten der Forstreform zum 01.07.2005 als Mitglied im damals am Staatsministerium gebildeten Übergangspersonalrat (Forsten) – eine heiße Zeit. Nachfolgend war ich durchgängig als erster Listennachfolger immer wieder mit HPR-Aufgaben befasst – in den Jahren 2013 bis 2016 durch das Ausscheiden unseres Kollegen Uli Lieberth dann erstmals als reguläres Mitglied. Darüber hinaus war ich seit den 90er-Jahren als Vorsitzender des Örtlichen Personalrats wie auch als „Personaler“ an der Forstdirektion in Bayreuth und später bayernweit als Qualitätsbeauftragter Tarifangelegenheiten nahezu ununterbrochen in diesem Metier unterwegs. Die Spielarten des Personalgeschäfts sind mir also aus verschiedenen Perspektiven heraus geläufig.

BDF aktuell: Du bist über den Forstbereich hinaus für deine sehr kompetente und sachliche Art bekannt, bei der aber nie der Humor fehlen darf. Wie lief aus deiner Sicht bisher die Zusammenarbeit mit den Vertretern der Landwirtschaft und der Ländlichen Entwicklung im HPR?

Nach meinem Empfinden ist die Zusammenarbeit im Gremium mit den Jahren immer besser geworden. Man hat sich beschnuppern und finden müssen. Wenn es dabei mal „knirscht“, dann ist das – in Grenzen – normal. Ich denke, inzwischen ist bei allen die Erkenntnis gewachsen, dass alle drei Säulen unseres Hauses ihre Berechtigung haben. Das Sinnbild des Hockers mit den drei Beinen, der nicht umfallen kann, verdeutlicht das eingängig.

BDF aktuell: Du hast dich erfreulicherweise bereit erklärt, für die HPR-Wahl 2021 auf Platz 1 der BDF-Liste zu kandidieren. Welche großen Herausforderungen siehst du für das Jahr 2021, welche mittelfristig?

Neben der Corona-Pandemie wird uns im neuen Jahr sicher die sogenannte Neuausrichtung der Landwirtschaftsverwaltung beschäftigen, die – entgegen den ersten Annahmen – auch nicht ohne Auswirkungen für die Angehörigen der Forstverwaltung bleibt. Hier müssen wir dazu beitragen, dass die Betroffenen ohne größere Blessuren aus diesem Prozess herauskommen. Andernfalls sehe ich das Ziel des Ganzen (Stichwort „Mitte der Gesellschaft“) in Gefahr. Im forstlichen Bereich werden uns sicher die Folgen der Kalamitäten durch Borkenkäfer & Co. in Atem halten – sowohl im Außen- als auch im Innendienst. Ich erhalte im Moment viele Rückkopplungen, dass die betroffenen Kolleginnen und Kollegen zwischenzeitlich auf dem Zahnfleisch kriechen. Hier müssen wir Wege finden, damit – um im Bild zu bleiben – kein Zahnersatz fällig wird.

Mittelfristig sehe ich die große Gefahr, dass wir den Ausgleich zwischen den ständig neuen und wachsenden Herausforderungen und der uns hierfür (nachhaltig!) zur Verfügung stehenden Arbeitskapazität unserer Mitarbeiter nicht mehr hinbekommen. Hier müssen wir aufpassen, dass weder das Personal noch „die Firma“ auf der Strecke bleiben. Es gilt, Aufgaben vorausschauend zu priorisieren, hierfür das Personal nach objektiven Kriterien gerecht zu bemessen, aber im Bedarfsfalle eben auch das eine oder andere (weniger) Wichtige – ohne schlechtes Gewissen – wegzulassen.

BDF aktuell: Gibt es etwas, das du unseren Mitgliedern gerne noch mitteilen würdest?

Ich wünsche mir, dass ich den Erwartungen, die mit diesem Ehrenamt verbunden sind, gerecht werde. Dabei bin ich mir durchaus im Klaren, dass es unmöglich ist, es allen recht zu machen (frei nach FJS: „Everybody’s darling is ...“). Darüber hinaus wünsche ich mir einen offenen und ehrlichen Umgang miteinander – im Gremium, mit den örtlichen Personalräten, allen Mitarbeiter(inne)n, aber auch mit der Verwaltung! Ich kann hier nur ermuntern, die Sorgen und Nöte nach oben zu transportieren. Dort weiß man auch nicht alles und kocht nur mit – manchmal auch leichtem – Wasser ... ■

Kennen Sie schon den
Internetauftritt des BDF Bayern:
www.bdf-bayern.de





ASP in Brandenburg – eine Herausforderung

Vorab seien einige grundsätzliche Bemerkungen zu dem nachfolgenden Beitrag gestattet: Es soll hier ausdrücklich nicht um eine kritische Betrachtung von Gesetzen, Verordnungen, Erlassen und Handlungen der verantwortlichen Behörden und nachgeordneten Einrichtungen oder von deren Mitarbeitenden gehen, sondern um die Betrachtung der Tätigkeiten und auch des Gemütszustandes der handelnden Akteure um den Wald.

Trotz aller vorbereitenden Maßnahmen im Land Brandenburg sowie der Beobachtungen und Meldungen aus unserem polnischen Nachbarland wurden wir im September doch ziemlich hart durch den ersten ASP-Fund im Bereich Bomsdorf-Sembten getroffen. Praktisch über Nacht wurden die Betretungs- und Nutzungsrechte in allen Eigentumsarten der um die Fundbereiche der Kadaver geschaffenen Sperrkreise erheblich eingeschränkt. Plötzlich standen wir als Forstverwaltung vor dem Problem, auf dem Weg der Amtshilfe Maßnahmen zu erklären und umzusetzen, die wir selbst verfahrenstechnisch nicht leiteten. In dieser Situation konnten wir nur die jeweils geltende Rechtslage entsprechend den Sichtweisen der zuständigen Behörde umsetzen. So war und ist es wichtig und hilfreich, vom ersten Tag des Ausbruches an sehr intensiv mit dem zuständigen Veterinäramt zusammenzuarbeiten.

Nur durch ein gutes Zusammenspiel mit den betroffenen Landnutzern, die ihre Ortskenntnis einbrachten, konnten wir die festgelegten Kerngebiete und angrenzenden „weißen“ Zonen anfangs zeitweilig, doch später auch dauerhaft sichern. Kurzzeitig kam erschwerend hinzu, dass sich zu dem ersten definierten Kerngebiet noch eine zweite Gebietskulisse nach Funden außerhalb der bis dahin bestehende Zonierung ergab. Gemeinsam schafften wir es, insgesamt eine Fläche von über 1.000 km² mehrfach durch Zäune (inklusive eines Zauns von rund 400 Kilometern an Oder und Neiße) in nur 4 ½ Monaten in den Landkreisen Oder-Spree und Spree-Neiße zu sichern. Die letzten Sicherungsmaßnahmen um die bekannten Schwarzwild-Kadaverfundstellen werden demnächst abgeschlossen sein. Allen Beteiligten möchten wir hier ausdrücklich unsere Anerkennung und unseren Dank für die gute Zusammenarbeit aussprechen.

Zeitgleich zur Aufstellung der Zäune ging es an die Organisation der Lebendentnahme des Schwarzwildes aus den Kerngebieten und den „weißen“ Zonen. Hierfür wird die Entnahme mittels Fallenfang priorisiert. Dazu wurden und werden „Kleinfallen“ und Fang-Choräle durch die Landkreise erworben, die durch die jeweils zuständigen Jagdausübungsberechtigten aufgestellt und betrieben werden. Auch hier ist die Ortskenntnis über den Erfolg der jeweiligen Maßnahme von entscheidender Bedeutung. Die Betreuung der

so entstandenen Fanganlagen erfordert einen nicht zu unterschätzenden täglichen Zeitbedarf von mind. 15 bis 20 Minuten pro Anlage. Als äußerst hilfreich hat sich hier die Betreibung von Funkkameras für die Fallenstandorte erwiesen. Allerdings müssen die Kamerasysteme in einer nur schwer erreichbaren Höhe angebracht werden, da mit Diebstahl der Anlagen gerechnet werden muss.

Sind die Fallen erst mal fängisch und werden durch das Schwarzwild angenommen, ergibt sich für die Jagdausübungsberechtigten eine nicht zu überschätzende mentale Belastung: die Tötung des gefangenen Schwarzwildes. Darüber sollte sich jeder Jäger im Vorfeld Gedanken machen. Es ist nicht jeder Jäger in der Lage, diese Belastung wiederholt auszuhalten. Unsere derzeitigen Erfahrungen zeigen, dass diese Situationen am besten im Team gemeistert werden können. Die Entsorgung der Kadaver, dazu gehören die erlegten Stücke im Kernbereich sowie auch der „weißen“ Zonen, erfolgt durch Bergetrupps, die ihre Aufträge durch das zuständige Veterinäramt erhalten. Zum Erleichtern der Entsorgung sollten die Fallen so angelegt sein, dass sie durch Fahrzeuge angefahren werden können.

Die Aufgabe unserer Kollegen im Krisengebiet ist es nun, auf den täglichen Revierfahrten verendetes Schwarzwild zu lokalisieren und diese Standorte mittels GPS einzumessen bzw. so zu kennzeichnen, dass sie von den Bergungstruppen leicht wiedergefunden werden können. Das spart Zeit und Kraft. Ohne die Möglichkeit der Impfung werden wir diese Seuche nur durch die konsequente Dezimierung des Wildes vor Ort in den Griff bekommen. Auf eine Selbstheilung brauchen wir nicht zu hoffen. Die Ausbreitung der Infizierung unter den einzelnen Rotten ist sehr unterschiedlich. Es gibt Bereiche, die man als regelrechte Kadaver-Hotspots bezeichnen kann, und Bereiche, in denen augenscheinlich gesundes Schwarzwild vorkommt.

Aufgrund unserer Erfahrungen können wir nur an alle Jäger außerhalb der ASP-Zonen appellieren, ihr Schwarzwild im Vorfeld möglichst stark zu reduzieren. Es ist äußerst frustrierend, im Umkreis von zweihundert Metern um eine verendete Leitbache immer wieder tote Stücke aufzufinden und gerade noch so lebende erlösen zu müssen. ■

BDF-Landesvorstand

Landesgeschäftsstelle
Friedrichstr. 169, 10117 Berlin
Telefon (0 30) 65 700 102
brandenburg-berlin@bdf-online.de
www.bdf-brandenburg-berlin.de



20 Jahre Kampf um den Beamtenstatus – ein zäher Weg!

Per Mitarbeiterbrief wurde im Herbst 2020 mitgeteilt, dass bei HessenForst der Beamtenstatus wieder eingeführt wird.

Wenn nun im Jahr 2021 tatsächlich die ersten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen verbeamtet werden, geht ein langer Weg des BDF Hessen erfolgreich zu Ende: Mit Gründung des Landesbetriebes HessenForst im Jahr 2001 sollte eines der Grundprinzipien sein, die Hoheitsfunktion bis auf Restbestände einer Unteren Forstbehörde aus der Multifunktionalität herauszulösen und damit Beamte überflüssig zu machen. Der BDF Hessen hielt dies von Beginn an für sachlich falsch. Er manifestierte dies in seinen Grundsätzen von 2005, die bis heute gelten: „Der BDF Hessen befürwortet das Berufsbeamtentum als leistungsfähigen und zuverlässigen Stabilitäts- und Sicherheitspfeiler für den Standort Hessen.“

Allerdings war das Thema zu Beginn des Landesbetriebes in Anbetracht vieler anderer Schwierigkeiten – insbesondere der Tatsache, dass kein frisches Personal eingestellt wurde – nicht prioritär. Erst als im Zuge des Sturms „Kyrill“ wieder junge Forstleute eine Chance bekamen, stellte sich die Beamtenfrage neu. In Gesprächen mit Landesbetriebsleitung und Forstministerium versuchte der BDF Hessen zunächst, den Beamtenstatus auf dem Verhandlungswege zu erreichen. Da dies ergebnislos blieb, sah sich der BDF gezwungen, 2010 eine Petition an den Hessischen Landtag diesbezüglich einzureichen (siehe BDF aktuell 3/2010). Die Antwort war leider so formuliert, dass zwar grundsätzlich herausgelesen werden konnte, dass der Argumentation des BDF gefolgt werden kann, aber kein eindeutiger Auftrag an die Zuständigen erging, das Personal tatsächlich zu verbeamten.

2010 machte der BDF Hessen die Beamtenfrage zum Thema seiner Jahreshauptversammlung und damit zu einem Jahresschwerpunkt. Der Vorsitzende des DBB Hessen hielt eine viel beachtete Rede zum Thema: „Verbeamtung in Landesbetrieben – eine Win-win-Situation für alle“. 2012 gab der BDF sein grundsätzliches „Positionspapier des BDF Hessen zur personellen und organisatorischen Zukunft des Landesbetriebes Hessen-Forst“ heraus. Darin wurde festgestellt: „Hessen-Forst braucht attraktivere Arbeitsplätze in allen Beschäftigtenbereichen, dazu gehört: (...) – Wiedereinführung der Verbeamtung im gehobenen und höheren Dienst u. a. zur dauerhaften Personalbindung“.

In den Wahlkampffragen von 2013 an die zur Landtagswahl antretenden Parteien wurde ebenfalls nach ihrer Haltung zur Rückkehr zum Beamtentum gefragt. 2013 hatte sich aus den inzwischen zahlreichen forstlichen Angestellten eine Initiative gebildet, die das Anliegen bewusst unabhängig vorbringen wollte. Hier unterstützte der BDF u. a. durch aktive Mitarbeit von Vorstandsmitgliedern. Das Ergebnis war ein offener Brief, der gut recherchiert der Landesbetriebsleitung überreicht wurde, aber leider wirkungslos blieb. Spätestens hier war dem BDF klar, dass die Zeit noch nicht reif war und man daher das Thema nachhaltig und ausdauernd wachhalten muss. Es galt zu verhindern, dass Tatsachen geschaffen werden, die eine Umkehr unmöglich machen würden.

Da bei anderen Dienstherren im Land der Beamtenstatus für Forstleute weiterhin eine Option war, konnte die Hoffnung für die jungen Leute aufrechterhalten werden, über Umwege dennoch eine Verbeamtung zu erreichen. Außerdem wurde im Landesbetrieb und darüber hinaus die Attraktivität des Beamtenstatus deutlich. Als in den Jahren 2012 bis 2014 die Entgeltordnung zum TV-H verhandelt wurde, war es eine besondere Herausforderung, die Laufbahnbefähigung – Voraussetzung einer späteren Verbeamtung – gegenüber der IG BAU im gehobenen und höheren Dienst als Einstufungsmerkmal durchzusetzen. In zähen Verhandlungen erreichte der BDF Hessen den Kompromiss, dass statt des Begriffs „Laufbahnbefähigung für ...“ die Formulierung „Qualifizierung für die Laufbahn des ...“ eingesetzt wurde. Damit konnte verhindert werden, dass aufgrund geschaffener Tatsachen die Angestelltenverhältnisse auf Dauer fixiert wurden.

Somit blieb die nun für 2021 in Aussicht gestellte Rückkehr ins Beamtenverhältnis grundsätzlich für alle entsprechenden Personen möglich. Für den Landesbetrieb HessenForst ergab sich so weiterhin die Notwendigkeit, die Laufbahnvoraussetzungen im Rahmen der Ausbildung zu schaffen. Bei den Verhandlungen zur Novellierung der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für den gehobenen und höheren Forstdienst 2013 bis 2014 setzte sich der BDF Hessen intensiv dafür ein, dass die Voraussetzungen für das Beamtenverhältnis erhalten blieben. Ein Trainee-System lehnte er ab. In seiner Stellungnahme heißt es u. a.: „Der BDF Hessen sieht es als wichtig an, dass die Anwärter- und die Referendarausbildung die notwendigen Voraussetzungen für ein Beamtenverhältnis schaffen.“

Eine weitere Gefahr kam 2014 mit der Diskussion um den Verzicht auf die Anwärterzeit im Zuge eines dualen Studiums auf. Sosehr der BDF-Hessen grundsätzlich ein duales Studium befürwortete, so sehr beharrte er auf der Laufbahnbefähigung für die bei HessenForst einzustellenden. Über die ganzen Jahre hielt der BDF Hessen das Problem wach in Gesprächen mit der Landesbetriebsleitung, dem Forstministerium, über die Personalräte, in Diskussionen in den Vorstandssitzungen, in diversen Beiträgen in BDF aktuell und vielen anderen Vorstößen. Mit leiser Freude wurde beobachtet, dass von Landeshaushalt zu Landeshaushalt die Beamtenstellen grundsätzlich erhalten blieben – auch dies eine deutliche Erleichterung einer Rückkehr zu Beamtenverhältnissen und ein Zeichen, dass keine unumkehrbaren Tatsachen geschaffen werden sollten.

2020 war dann die Zeit reif, wohl durch den Konkurrenzdruck sich bildender kommunaler Forstverwaltungen mit Verbeamtungsangebot, eine Richtungsänderung zu bedenken und vonseiten des Forstministeriums zu verkünden. Wenn nach der Laufbahnprüfung im März 2021 wieder die ersten Beamten regulär eingestellt werden, ist für den BDF Hessen ein wesentliches, langjähriges Ziel erreicht.

Wir danken allen, die daran mitgewirkt haben, den Mut nicht haben sinken lassen und sich den Glauben an die Verwirklichung bewahrt haben – vom Pensionär bis zur Ministeriumsspitze.

Dieser Schritt kommt nicht nur den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Landesforstverwaltung zugute – auch die Arbeitgeber im Wettbewerb, innerhalb wie außerhalb Hessens, werden sich überlegen müssen, wie sie in Zukunft ihr Personal werben und binden. Der BDF Hessen wird nun daran arbeiten, die mitarbeiterfreundliche Überführung der Angestellten in die Beamtenverhältnisse zu begleiten. Zunächst ist aber klar, dass zumindest die neu einzustellenden unverzüglich verbeamtet werden müssen. ■

Dr. Gero Hütte-von Essen

Landesgeschäftsstelle
Tel.: 01520 2335340
info@bdf-hessen.de
www.bdf-hessen.de

Herzlichen Glückwunsch – 20 Jahre PEFC Hessen und ein neues Zertifikat!

Der BDF Hessen hat gleich zwei gute Gründe, der Regionalen PEFC-Arbeitsgruppe Hessen (RAG) herzlich zu gratulieren: Der erste Grund ist ein stolzes Jubiläum. Vor 20 Jahren wurde die Regionale PEFC-Arbeitsgruppe Hessen e. V. unter Mitwirkung des BDF gegründet. Seit dieser Zeit steht das PEFC-Siegel als zuverlässiger Nachweis einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung allen Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern in Hessen zur Verfügung. Leider wurde die geplante Jubiläumsfeier Opfer der Corona-Pandemie. Aber aufgeschoben ist bekanntlich ja nicht aufgehoben!

Der zweite Grund: Die RAG erhielt zum 01.12. das neue PEFC-Zertifikat. Die Region Hessen hat den aufwendigen Re-Zertifizierungsprozess erfolgreich durchlaufen und erfüllt alle Voraussetzungen für die nächste Zertifizierungsperiode. Das bedeutet, dass zertifizierte hessische Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer auch in den nächsten fünf Jahren ihr nachhaltiges Wirtschaften mit der PEFC-Urkunde belegen dürfen. In Hessen sind rund 89 Prozent der Wälder mit rd. 785.000 ha nach PEFC zertifiziert.



*Der Vorsitzende der RAG
Detlef Stys mit dem
neuen PEFC- Zertifikat
für Hessen*



Der BDF bedankt sich bei dem Vorsitzenden der RAG Detlef Stys und den beiden Regional-Assistenten Cornelia Pauls und Martin Kempkes für die erfolgreiche Arbeit. Wir freuen uns auf die weitere Mitarbeit in der RAG, um die Erfolgsgeschichte von PEFC Hessen gemeinsam zum Wohle des Waldes fortzusetzen!

Weitere Informationen zu PEFC in Hessen: <https://pefc.de/fur-waldbesitzer/pefc-meiner-region/pefc-hessen/> ■

Peter Schönke (20 Jahre PEFC-Beauftragter des BDF und Gründungsmitglied der RAG)

Endlich!

Aktivierung des Forstschädenausgleichsgesetzes

Endlich ist der Vorstoß zur Aktivierung des Forstschädenausgleichsgesetzes unternommen worden! Der BDF Hessen hatte das schon 2019 in seinen Forderungen für einen Zukunftsplan für den Wald angemahnt (siehe BDF aktuell 9/2019). Entsprechend unterstützt der BDF Hessen den Vorstoß: Wer Wald besitzt, kann der Pflicht zur Erhaltung des Waldes nur nachkommen, wenn das Kalamitätsholz schnellstmöglich und vollständig aus den gefährdeten Bereichen entfernt wird. Dies ist nur möglich,

wenn der Holzmarkt aufnahmefähig ist. Der Holzmarkt ist nicht ausreichend aufnahmefähig, wenn wieder zunehmend gesundes Holz den Absatz von Kalamitätsholz behindert, wie derzeit in einzelnen Regionen Süddeutschlands zu beobachten ist. Daher ist der Schritt als eine wichtige Maßnahme zur Erhaltung des Waldes längst überfällig! ■

Dr. Gero Hütte-von Essen

MECKLENBURG-VORPOMMERN



Alles neu macht der Mai . . .

... und dem Selbstverständnis von Forstleuten gemäß, vorausschauend aus Tradition zu sein, kann auch schon der Januar genutzt werden, um die Ärmel hochzukrempeln.

Aus diesem Anlass lud der Landesverband M-V interessierte Mitglieder am 05.01.2021 zu einer Videokonferenz ein. Vor dem Hintergrund der angespannten wirtschaftlichen Lage von öffentlichen und privaten (Forst-)Kassen sowie der zunehmenden Diskussionen um die Zukunft der klassischen Waldnutzung sind gravierende Entscheidungen zu erwarten. Ob die Forstverwaltungen und -betriebe in dieser Zeit einen Gleisausbau oder einen Gleiswechsel hinbekommen, werden wir beweisen können.

Was kann M-V vorweisen, wenn bereits jetzt „Strecke legen“ wäre? Während unsere Nachbarn, um den Forstbetrieb im engeren Sinne zu retten (ein „Weiter-so“?), Hilfspakete schnüren und Mittel auf-treiben oder Kredite ermöglichen, wird es hierzu-

lande zusätzliches „frisches Geld“ für neue Aufgaben geben. Kein anderer als das Land selbst hat Ende Dezember die Initiative „Unser Wald in M-V“ mit einem Volumen von 20 Mio. Euro per Haushaltsgesetz beschlossen. In drei Säulen/Handlungsfeldern sind nun 18 Maßnahmen/Projekte mit Leben zu füllen, deren Kern nicht etwa die Wiederbewaldung von Schadflächen oder der Ersatz von Ertragsausfällen ist (hierfür bekam die Landesforst, wie einige Nachbarn auch, Kreditermächtigungen), sondern das Zusammenbringen von Gesellschaft und Wald. Und das trotz leerer Kassen!

Losgelöst davon arbeitet innerhalb der Landesforst die AG Forstbetrieb. Ihre vorläufigen Ergebnisse sind noch nicht druckreif, aber sie werden vor dem Hintergrund von klimawandelbedingten Widrigkeiten für den Forstbetrieb im Verwaltungsrat entscheidenden Einfluss auf die kommenden Wirtschaftsplanungen, Landeszuschüsse, Klimawandel-Waldbaukonzepte und betrieblichen Ziel-



setzungen nehmen. Die Novelle des Errichtungsgesetzes schlägt laut erster Entwurfsfassung im Landtag wohl denselben Weg ein. Zusätzlich wird bald eine Studie über Ökosystemleistungen von Wald in M-V vorgestellt und eine neue betriebswirtschaftliche Bewertung (unserer Arbeit) ermöglichen.

Die Verbandsinterna betreffend wurde über neue Wege zur Mitarbeiterwerbung beraten. Was wollen die Mitglieder eigentlich vom BDF und was braucht der forstliche Berufsverband mit Gesamtwaldfokus denn überhaupt von seinen „Schäfchen“ (bald sind Personalratswahlen)? Diese Mitglieder sind im gesamten Cluster wie bei der FNR, den Kommunen, den privaten Forsten oder den Holzbe- und -verarbeitern zu finden.

An dieser Stelle ein kurzer Werbeblock:

Welches Nichtmitglied liest diesen Artikel infolge eines Zeitschriftenumlaufs, einer Weitergabe durch Kolleginnen und Kollegen oder durch eine Leseempfehlung? Sind diese Infos nicht spannend?

Wir freuen uns, auch um nach dem demografischen Wandel noch ein forstpolitisches Schwergewicht zu bleiben, über Ihre und eure aktive oder passive Unterstützung. Von Vorzügen, wie einer steuerlichen

Geltendmachung oder dem professionellen Rechtsschutz sowie den Angeboten durch das BDF-Sozialwerk, wollen wir hier gar nicht erst anfangen ... und dann ist da natürlich noch das Solidaritätsgefühl!

Über die oben stehenden Entwicklungen können wir Forstleute jedenfalls optimistisch gestimmt sein, auch wenn weitergehende Infos dringend benötigt werden. Wenn wir ehrlich sind, brennt es uns doch schon unter den Nägeln, bei den anstehenden Neuausrichtungen mitzugestalten und uns als Verband oder im Dienst mit zusätzlichem Engagement einzubringen. Wir dürfen nur nicht den Fehler begehen, angesichts dieser Ausgangslage halb leere Gläser zu attestieren oder uns nach innen zurückzuziehen. Die Jagdzeit läuft – noch wird nicht Strecke gelegt. Der BDF steht für Zuversicht und braucht Ihr und euer Engagement mehr denn je! ■

HK

Landesgeschäftsstelle
Gleviner Burg 1
18273 Güstrow
Tel.: 03843-855332
Fax: 03843-855384
info@bdf-mv.de
www.bdf-mv.de



Eichenwirtschaft in der Klemme

Eine Betrachtung ohne Anspruch auf Vollständigkeit von
Dirk Schäfer, Vorsitzender BDF-Landesverband Niedersachsen

Die eine Seite der Klemme: Ist das Holz alter Eichen noch gut zu verkaufen?

Für die Eichenwirtschaft sieht es aktuell auch schmerzhaft aus. Vor Kurzem bei einer Vorzeigung von höherwertigem Stammholz blieben ganze Partien liegen: Eichenkernholzbohrer war die wenig erfreuliche Diagnose! Ich habe mal in meinem alten „Schwertfeger“ nachgelesen. Ein kleiner Absatz ist dem Eichenkernkäfer gewidmet, kein Indiz für besondere Bedeutung. Aber jetzt greift der

kleine Übeltäter ausgerechnet dort an, wo es am meisten wehtut: bei der Nutzung des starken, alten Stammholzes.

Nun bin ich bei Vorzeigungen generell eher skeptisch: Nutzen die Holzkäufer erkennbare Holzfehler für Preisminderungen ohne echte Not oder handelt es sich um einen echten Mangel? Wenn aber nicht über den Preis verhandelt wird, sondern ein ansonsten gutes Los liegen bleibt, wird klar: Es ist ernst, die Käufer können mit dem Holz nicht auf dem Markt operieren.



Selbst „nur“ auf einem Foto läßt das Eichenwertholz förmlich dazu ein, es zu berühren.

Teure Eichenkulturkosten – zahlen sie sich am Ende aus?

Wenn aber eine Entwertung vom starken, hochpreisigen Ende her droht, gerät die Eichenwirtschaft ins Wanken. Den zugrunde liegenden Wirtschaftlichkeitsberechnungen habe ich noch nie recht trauen mögen. Die realen Kosten einer Eichenkultur liegen meiner Einschätzung nach tatsächlich über den wissenschaftlich kalkulierten Kostensätzen. Das gilt jedenfalls für die schweren Eichenzwangsstandorte.

Sinkende Holzpreise, am Ende eines langen Produktionszeitraumes, lassen die Bereitschaft, in neue Eichenkulturen zu investieren, sinken.

Wir müssen also sondieren, ob es Gegenmaßnahmen zur „Käferplage“ gibt. Vor allem aber muss die Holzindustrie nach Wegen suchen, den Holzabsatz auch für befallene Stämme zu sichern. Technische Normen, die dies derzeit ohne nachvollziehbaren Grund (Destabilisierung des Holzes scheint meist kein Problem zu sein) verbieten, können geändert werden. Diese Baustelle ist aber keine forstliche – unsere Abnehmer wären aber gut beraten, hier aktiv zu werden, um nicht ihre Rohstoffquelle zu ge-

Mögen Sie
uns schon? 
Dann liken Sie uns
auch auf Facebook.

fährden. Hohe Holzpreise bei der Eiche sind eben im Interesse von Waldbesitz und Holzindustrie gleichermaßen!

Die andere Seite der Klemme: Dürfen wir (im Landeswald) künftig überhaupt noch alte Eichen ernten?

Diese Unsicherheit kommt aus dem politisch-gesellschaftlichen Raum und betrifft vor allem den Landeswald: mehr als 10 % dieser Waldfläche soll langfristig auf Bestände über 160 Jahre entfallen. Ein Irrglaube, wer meint, dies könne ja mit den 10 % Naturwaldflächen abgedeckt werden. Von diesen ist ja gerade ein großer Teil im Nationalpark Harz abgestorben. Diese Flächen entwickeln sich, nach meiner Anschauung, in den nächsten Jahrzehnten wieder in zumeist reine Fichtenbestände. Da müssen wir lange warten, bis sie in der Statistik die Rubrik 160+ Jahre erreichen ...

Einzige echte Alternative sind Eichenbestände. Andere Baumarten erreichen im Rahmen üblicher Bewirtschaftung dieses Alter nur selten. Circa 13 % des Niedersächsischen Landeswaldes sind aktuell eichendominiert. Es ist eine Binsenweisheit, dass davon nicht im Rahmen nachhaltiger Bewirtschaftung der Großteil in der obersten Alterskategorie ressortieren kann.

Wenn wir aber in alten Eichenbeständen jetzt weiter nutzen wollen, droht eine Diskussion um jeden Baum oder jeden Bestand: Warum fällen wir alte Eichen, wenn wir das gesetzte politische Ziel noch längst nicht erreicht haben? Nicht auszuschließen, dass seitens des Naturschutzes alsbald ein Moratorium in der Nutzung alter Eichen gefordert wird ... Wir haben in der Forstwirtschaft gute Konzepte für eine ausgewogene Waldpflege und -nutzung. Die sind leider aktuell gesellschaftlich nicht immer „en vogue“. Das sollte uns nicht davon abhalten, diese mit Überzeugung zu vertreten und „alternativen Unsinn“ auch Unsinn zu nennen. Mit aller Klarheit und Sachlichkeit.

Wir sollten weiter Eichen pflanzen und damit unserem Vertrauen in die Zukunft Ausdruck geben! ■

Dirk Schäfer,
Vorsitzender BDF-Landesverband Niedersachsen

Landesgeschäftsstelle
Telefon (0 55 53) 53 53 874
bdf.niedersachsen@bdf-online.de
www.bdf-nds.de

*Horst Heicappell –*

50 Jahre Mitgliedschaft im BDF NRW

Das Jahr 2020 wird als das Corona-Jahr in die Geschichte eingehen. Die Pandemie hat vielfältige Auswirkungen auf unser gesellschaftliches Leben, so auch auf die Vereine und Verbände. Zahlreiche Vereine beklagen einen massiven Mitgliederrückgang, weil derzeit kein aktives Vereinsleben möglich ist. Sicher spielt bei vielen Kündigungen der Mitgliedschaft die angespannte finanzielle Lage eine Rolle. Aber bevor Corona uns einen flächendeckenden Stillstand bescherte, war das Engagement in Vereinen, Verbänden und kirchlichen Organisation schon sehr bescheiden.

Vor diesem Hintergrund kann eine langjährige Verbandstreue, wie sie uns der Forstkollege Horst Heicappell aus Hagen vorlebt, nicht hoch genug geschätzt werden. Horst Heicappell ist am 1. Juli 1970, also vor fünfzig Jahren, in unseren Berufsverband eingetreten. In diesen fünfzig Jahren hat Horst Heicappell dem BDF NRW in verschiedenen Funktionen gedient. Von 1983 bis 1999 hatte er die Geschäftsführung der Bezirksgruppe Märkisches Sauerland inne. Diese Verantwortung nahm er stets mit Herzblut und großem Sachverstand wahr. Im Jahr 1999 brachte er sich mit seinen Erfahrungen und seinem Wissen um die Probleme im Kommunalwald in den Beirat für den Kommunalwald ein. Es war ihm stets wichtig, den Kommunalwald aus dem berufs- und forstpolitischen Schatten des Staatswaldes herauszuholen. Ebenso wichtig war Horst Heicappell das Thema beruflicher Identifikation. Dazu gehörte auch das Tragen der korrekten Dienstbe-

kleidung immer dort, wo dienstliche und berufspolitische Anlässe dies erforderten. Das Tragen von Räuberzivil war ihm ein Gräuel. Den Abschied von der traditionellen Dienstbekleidung in Form der Waldbluse hat er als einen Schritt weg von der beruflichen Identifikation empfunden.

In der Zeit von 2004 bis 2008 gehörte Horst Heicappell als stellvertretender Landesvorsitzender dem geschäftsführenden Landesvorstand an. Auch in dieser Funktion achtete Horst Heicappell stets auf eine ausgewogene Verbandsarbeit, die allen in unserem Berufsverband anliegenden Interessen gerecht wurde. Ich habe ihn in unserer engen und freundschaftlichen Zusammenarbeit als einen loyalen, ehrlichen und hilfsbereiten Weggefährten erlebt und geschätzt. Ob in der Vorstandsarbeit oder in Diskussionen im öffentlichen Raum, Horst Heicappell bevorzugt stets eine klare Sprache und zeigt – wenn notwendig – klare „Kante“. Und daran hat sich bis heute nichts geändert. Seine Freundschaft und seine Wertschätzung sind mir eine Ehre. ■

Bernhard Dierdorf
Ehrevorsitzender

Landesgeschäftsstelle
Telefon (0 23 94) 28 66 31
Telefax (0 23 94) 28 66 32
kontakt@bdf-nrw.de
www.bdf-nrw.de

Nachruf Heinz Weißgerber

Am 05.12.2020 verstarb im Alter von 95 Jahren der sehr geschätzte und beliebte Kollege Heinz Weißgerber.

Er hat eine für seine Zeit bemerkenswerte forstliche Karriere gemacht. Nach 2 Jahren als Forstlehrling in der Freiherrlich von Hövel'schen Forstverwaltung und anschließender Forstschulzeit wurde er 1948 zunächst Hilfs- und dann Stadtrevierförster in Olpe. 1966 wechselte er zum Land NRW und in die damalige forstliche Mittelbehörde, die Bezirksregierung in Köln. Mit der forstlichen Neuorganisation 1970 wurde er zunächst an die Höhere Forstbehör-

de Rheinland versetzt, schon kurz danach aber wurde er in kurzer Folge Revierleiter in der Revierförsterei Broichen und 1972 Funktionsbeamter im Forstamt Königsforst, wo er es bis zum Forstoberamtsrat brachte.

Ein weiterer Karrieresprung gelang ihm 1977, als seine dienstliche Leistung und persönliche Entwicklung mit dem Dezernentenamt im Forstamt Waldbröl und dem Durchstieg in den höheren Forstdienst belohnt wurden. In dieser Zeit war er auch Stellvertreter des damaligen Forstamtsleiters Bodo Scheplitz. 1984 wurde er als dessen Nachfolger zum



Spätestens nach Corona einen Besuch wert: Der Winter im Sauerland

Forstamtsleiter des Forstamtes Waldbröl bestellt, dem er bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand 1989 als Forstdirektor vorstand.

Heinz Weißgerber war mit seinem Pflicht- und Verantwortungsbewusstsein ein Vorbild für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Er war dabei feinsin-

nig, abwägend und ein Meister der Diplomatie und des Ausgleichs. Gegenüber vorgesetzten Dienststellen war seine Haltung jedoch durchaus kritisch und freiheitsliebend. Mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verkehrte er, anders als andere seiner Generation, auf Augenhöhe, wertschätzte ihre Arbeit und förderte sie. Er war ein herausragender Menschenkenner und Menschenführer, leitete im Forstamt Waldbröl den Generationswechsel ein und modernisierte die Organisation wie auch die Betriebskultur behutsam.

Dementsprechend war er auch von Anfang an berufsständisch engagiert. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern des 1948 gegründeten Landesverbandes NRW des Bundes Deutscher Forstleute, übernahm Ehrenämter und blieb dem BDF auch nach seinem Eintritt in den Ruhestand treu, sodass er es auf eine Mitgliedschaft von 72 Jahren brachte. An der Forstpartie und den forstpolitischen Entwicklungen nahm er bis zuletzt Anteil.

Wir trauern mit seiner Familie um Heinz Weißgerber und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. ■

Kay Boenig



Forstleute leiden leise

Forstleute leiden still. Zu still? Wir sind es gewohnt, unsere Arbeit und Dienstpflicht zu tun. Jeden Tag. Für die allermeisten von uns ist unser Beruf eine Berufung, wir gehen ihm gerne nach, und das mit Herzblut. Mit einem nicht besonders üppigen, aber auskömmlichen Gehalt, das keine besonderen Steigerungen über die Jahre erwarten lässt.

Wir haben es uns selbst ausgesucht, in einer Verwaltung zu arbeiten und nicht in der freien Wirtschaft unsere Möglichkeiten auszuloten. Unsere Motivation, als FörsterIn, als ForstwirtIn oder MeisterIn im Forstbetrieb sowie im Geschäftszimmer bei Verwaltungstätigkeiten unserer täglichen Arbeit nachzugehen, entstammt meist dem Wunsch, für „unseren Wald“ etwas Gutes zu leisten und der Gesellschaft Orte im Ökosystem zu bereiten, die lebenswert sind und vielfältigen Ansprüchen genügen können.

Dafür stellen wir, ohne bisher groß zu murren, unsere privaten Kfz zur Verfügung. Wir bauen Wohnraum zum Dienstzimmer für Büroarbeiten und Publikumsverkehr um. Vielfach wird privates Werkzeug eingesetzt, wenn der Arbeitgeber gerade keines hat. Eigene Ausrüstung für die Jagd als Dienstaufgabe ist selbstverständlich bzw. wird vom Arbeitgeber als selbstverständlich angesehen.

Dafür erhalten wir zum Teil Aufwandsentschädigungen. Die für das Dienstzimmer muss neuerdings versteuert werden. Komisch ist, dass dies nur in Rheinland-Pfalz der Fall ist – und in keinem anderen Bundesland. Die Kilometerentschädigung für den Kfz-Einsatz auf schlechten Wegen mit entsprechend erhöhtem Verschleiß und einer viel stärkeren Verschmutzung als im normalen Straßenverkehr wird seit Jahren nicht angepasst. Die Reviere und Arbeitsplatzbeschreibungen sowie die sich daraus



herleitenden Arbeitsvolumina dagegen schon – nach oben.

Es muss einen dann eigentlich nicht wundern, wenn junge Menschen sich in der Nachbarschaft anderer Bundesländer umschaun und Vergleiche anstellen: Reviergrößen und Aufgabenumfang? Höhe der Eingangsbesoldung bzw. der Eingruppierung im TV-L/TV-Forst? Besoldungsendstufe im Revier, Aufstiegsmöglichkeiten bei Beschäftigten? Ausstattung mit modernen Arbeitsmitteln, auskömmliche Entschädigung für privat eingesetztes Material oder sogar eine vollständige Bereitstellung z. B. von Fahrzeugen oder Motorsägen für die Waldarbeit?

Forstpersonal in Deutschland war nie laut und wird es wohl auch nicht werden. Aber die jungen Kolleginnen und Kollegen von heute schauen sich genau um, welcher Arbeitgeber die besten Konditionen bietet. Bei Landesforsten Rheinland-Pfalz gibt es hier noch eindeutig Luft nach oben. ■

Landesgeschäftsstelle

Jochen Raschdorf

Telefon: (0 67 06) 91 34 74

Mobil: (01 75) 8 99 89 70

info@bdf-rlp.de

www.bdf-rlp.de



Neue Forstanwärter im Saarland

Liebe BDF-Mitglieder,

wie in den vergangenen Jahren möchten wir euch den aktuellen Anwärterjahrgang vorstellen. Den Anfang macht Hannah Riedel. Wir wünschen Hannah und den zwei anderen jungen Förstern – Julius Thomas und Manuel Mauermann – ein schönes und lehrreiches Ausbildungsjahr.

Mein Name ist Hannah Riedel, ich bin 28 Jahre alt und stamme aus Freudenstadt im Schwarzwald. Seit Oktober 2020 bin ich Forstoberinspektoranwärterin beim SaarForst Landesbetrieb, in den Revieren Karlsberg (Carsten Federspiel) und St. Ingbert Süd (Michael Weber).

Ich habe mich aufgrund der naturgemäßen und zukunftsorientierten Ausrichtung des Betriebes dafür entschieden, mein Anwärterjahr beim Saarforst zu verbringen. Ich verspreche mir von der Ausbildung eine bestmögliche Vorbereitung auf die facettenreichen Aufgaben in der Forstverwaltung. Den kollegialen Umgang beim SaarForst habe ich in den vergangenen Monaten zu schätzen gelernt und wünsche mir, nach der Anwärterzeit weiterhin beim SaarForst arbeiten zu können, wenn möglich als Revierleiterin.

Auch in meiner Freizeit bin ich gerne in der Natur unterwegs und konnte in der kurzen Zeit, in der ich im Saarland lebe, schon viele schöne Ecken kennenlernen.



Neue Forstinspektoranwärterin beim Saarforst Landesbetrieb



Nach meinem Abitur zog es mich in die große Stadt, nach Berlin. Dort entdeckte ich während mehrerer Praktika und eines freiwilligen ökologischen Jahres bei den Berliner Forsten meine Leidenschaft für den Wald, die Forstwirtschaft und die Jagd. Nach einer Berufsausbildung und Anstellung als Forstwirtin bei den Berliner Forsten begann ich ein Studium an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung in Eberswalde. Persönliche Schwerpunkte waren dabei Waldbau, Jagdmanagement, Standortkunde und Waldschadensdiagnostik. Als Untersuchungsgegenstand meiner Bachelorarbeit wählte ich die Weißtanne im Land Brandenburg. Ziel der Untersuchung waren die Erfassung sämtlicher Weißtannen im Landesgebiet und ein Vergleich erhobener Parameter zu Vitalität, Standort und Wuchsdynamik.

Neben dem Vorlesungsbetrieb engagierte ich mich in einer gewerkschaftlichen Studentengruppe sowie in der ANW-Hochschulgruppe. Dadurch bekam ich die Gelegenheit, meinen Horizont stetig zu erweitern und verschiedenste Forstbetriebe im Bundesgebiet und im Ausland kennenzulernen.

Mein Studium beendete ich mit einem sehr interessanten forstwissenschaftlichen Auslandspraktikum an der Nationalen Forsttechnischen Akademie der Ukraine in Lwiw. Gemeinsam mit deutschen und ukrainischen Studierenden war ich an der Anlage einer waldbaulichen Versuchsfläche beteiligt und konnte mich mit der Bewirtschaftung ukrainischer Wälder auseinandersetzen.

Im Anschluss arbeitete ich als forstliche Einzelunternehmerin in Brandenburg. Meine Tätigkeiten waren vor allem Pflanzungen und Jungwaldpflege in verschiedenen Revieren, wobei ich viele wertvolle praktische Erfahrungen im Bereich der naturgemäßen Waldwirtschaft sammeln konnte.

Ich freue mich auf meine berufliche Zukunft. Besonders interessant finde ich dabei, Wälder naturgemäß und klimastabil im Dialog mit der Bevölkerung zu entwickeln und die künftigen Herausforderungen in der Forstwirtschaft aktiv anzunehmen. ■

Hannah Riedel

Landesvorsitzender
 Telefon (01 60) 96 31 46 10
 m.weber@sfl.saarland.de
 www.bdf-saar.de

Sehen Sie auch schon Ihr Geld wachsen?



IDEAL UniversalLife

Für Cleversparer

Am Weingarten 18 · 90518 Altdorf · info@bdfsozialwerk.de · www.bdf-sozialwerk.de

25%
 Kostenrabatt
 für Verbands-
 mitglieder

Die Alternative zum Spar- und Festgeldkonto.

Mehr Informationen unter:
www.idvers.de/IUL_youtube
www.idvers.de/bdf oder
 telefonisch unter 09187-4067



2021 – das Jahr der *Hoffnung*

Mit dem Jahr 2021 begann das Jahr der Hoffnung. Es ist die Hoffnung auf Entspannung der Kontaktbeschränkungen zwischen Familien und Freunden. Es ist die Hoffnung, die existenzielle Krise der Wälder und der Forstwirtschaft in Sachsen zu meistern, nicht nur die witterungsbedingten Schäden und deren Folgen durch die Borkenkäfer. Es ist die Hoffnung, dass die wesentlichen Entscheider Sachsens merken, dass Wälder systemrelevant sind und dass die Zahl der gut ausgebildeten Fachleute für deren Pflege zu gering ist.

Eine relativ stabile Forstverwaltung hatte die DDR-Wirtschaft und das Waldsterben im Erzgebirge überstanden. Aber dann wurde die Personaldichte mit anderen Bundesländern verglichen und Personal abgebaut, wobei diese Vergleiche nicht sachgemäß waren. Umstrukturierungen wurden vorgenommen, die für den Wald keine Verbesserungen brachten. Sachsen ist eben nicht Baden-Württemberg und nicht NRW! Im Jahr 2009 forderte der Fraktionsvorsitzende der CDU, Steffen Flath, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst bis 2020 um weitere 20 Prozent zu reduzieren. Nun haben wir den Salat!

Hinzu kommt ja noch, dass die Stellenneubesetzungen für die altersmäßig ausscheidenden Beschäftigten sehr abgebremst wird. Wer das nicht glaubt, braucht nur die Befristungen der Neueinstellungen und die unterirdischen Verdienste in Sachsen mit den benachbarten Ländern zu vergleichen. So viel zu Sachsens Glanz und Preußens Gloria. Und das zu

Zeiten von Klimawandel, Dürrejahren in Folge, Borkenkäfer, Afrikanischer Schweinepest, ständiger Verkehrssicherung und anderen Gemeinwohllösungen bei steigendem Wert des Waldes für die Gesellschaft. Umso mehr vonnöten ist eine Forstgewerkschaft, die Mängel aufzeigt und darauf drängt, dass sich etwas ändert und dass der gut ausgebildete Nachwuchs im Lande bleibt.

Noch gilt die Pandemie-Einschränkung und darum auch die gesetzliche Regelung, dass der Vorstand weiterhin fortbesteht. Wir hoffen, dass sich das dieses Jahr ändert, und bereiten den fälligen Gewerkschaftstag vor – wahrscheinlich für den Sommer, wenn sich die Pandemie etwas zurückgezogen haben dürfte und solche Themen wieder auf der Tagesordnung stehen. Zudem werden wir dem dreißigjährigen Jubiläum unseres BDF Sachsen auch die entsprechende Ehre erweisen können. Hoffentlich können wir das alles schaffen und dann viele hochgeschätzte Veranstaltungen nachholen. Aber die Hoffnung stirbt ja bekanntlich zuletzt! ■

Udo Mauersberger

Landesgeschäftsstelle
Telefon (03 73 43) 21 97 66
bdf-sachsen@gmx.de
www.bdf-sachsen.de



Nach dem *Lockdown* ...



Im Januar ist der Winter endlich angekommen. Wir heißen ihn willkommen, auf dass er noch eine Weile bleibt und Wirkung tut.

... ist vor dem Lockdown. Zum Redaktionsschluss wurde beschlossen, den harten Lockdown aus dem gerade vergangenen Jahr weiter bis Ende Januar zu verlängern. Man kann nur mutmaßen, dass es im Februar damit noch nicht zu Ende geht. Die Schulferien wurden vorgezogen. Ob nach den Ferien die Schule wieder losgeht, ist mehr als unsicher.

Trotzdem geht das Leben weiter und wir müssen das Beste daraus machen. Das gilt vor allem für den Wald. Der Klimawandel macht keine Pause und der Borkenkäfer erst recht nicht. Anfang Januar sah es so aus, dass es möglicherweise doch ein wenig Winter wird. Die Hoffnung, dass er dem Käfer etwas Einhalt gebietet, stirbt zuletzt. Nichtsdestotrotz müssen gerade jetzt die befallenen Fichten aus den Beständen, damit der darin überwinterte Käfer dezimiert wird.

Die Landesregierung und der Landtag haben zuletzt gute Beschlüsse für den Wald gefasst (siehe BDF aktuell 01/2021). Für die Wiederbewaldung kann bzw. muss ThüringenForst in diesem Jahr 11 Mio. Euro ausgeben. Wir hoffen auf viele neue KollegIn-

nen und ein schlagkräftiges Team, das diese wichtige Aufgabe meistert. Bei so viel frischem Geld gibt es möglicherweise auch den ein oder anderen Schub im Digitalen, sodass die Mitarbeitenden bei ThüringenForst auch „modern“ mit Smartphones und entsprechenden Anwendungen ausgerüstet werden.

Die Qual der Wahl

Böse Zungen unken ob des großen Defizits über ein mögliches Ende der Anstalt. Ein Zurück in die Landesverwaltung ist wohl keine Lösung. Das hatten wir bereits und es hat am Ende zum Ausbluten beim Personal geführt. Generell muss weiter die finanzielle Ausstattung auf den Prüfstand. Wenn vom Landtag auch noch alternative Einnahmequellen abgedreht werden, sollten von dort auch andere Vorschläge auf den Tisch. Der Wahlkampf beginnt schon zaghaft und wird in Kürze an Fahrt aufnehmen. Hier gilt es, die Kandidaten zu befragen zu ihren Konzepten für den Wald.

Derweil denkt man bei ThüringenForst kritisch über Transparenz nach. Dabei muss klar sein, dass wir Forstleute für die Arbeit im Wald das Vertrauen der Bevölkerung brauchen. Unser Ansehen dort ist noch groß. Das zeigen Umfragen. Das dürfen wir aber nicht leichtfertig verspielen. Vertrauen wächst aus Wahrhaftigkeit und Glaubwürdigkeit. Vergessen wir bei aller Belastung also nicht, die Menschen mitzunehmen, ihnen zu erklären und unsere Geschichten zu erzählen. Dafür muss auch Zeit und Raum sein bzw. eingeräumt werden. ■

Jens Düring

BDF-Landesverband Thüringen
Geschäftsstelle
Kindermannstr. 130
99867 Gotha
info@bdf-thueringen.de



Nachruf von den Bundesforst-Senioren und -Seniorinnen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„es sind die Begegnungen mit Menschen, die das Leben lebenswert machen“ (Guy de Maupassant). Unser Kollege Kurt Graf ist am 22.12.2020 im Alter von 86 Jahren verstorben. Seine berufliche Heimat war der TrübPlatz Grafenwöhr. Kurt genoss großes Ansehen als Forstmann und seine Verbundenheit zur Natur und zur Jagd war faszinierend. Bei allen unseren BDF-Seniorentreffen erlebten wir einen kontaktfreudigen und aufgeschlossenen Menschen, der gemeinsam mit seiner Ehefrau Inge zum Gelingen aller Treffen beitrug. Der Bund Deutscher Forstleute verliert ein treues und auch im hohen Alter aktives Mitglied. Wir werden Kurt Graf in ehrendem Andenken behalten.

Dankwart und Horst Dieter

Geschäftsstelle BDF Bundesforst
info@bdf-bundesforst.de
www.bdf-bundesforst.de

WIR SUCHEN SIE!

GESCHÄFTSFÜHRER/IN (M/W/D)

HABEN WIR IHR INTERESSE GEWECKT?
Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung an meier@bdfsozialwerk.de

bdf-sozialwerk.de Am Weingarten 18 · 90518 Altdorf · Telefon 09187 4067 · info@bdfsozialwerk.de

BDF
BDF SOZIALWERK GMBH

Wir gedenken unserer Verstorbenen

Zu guter Letzt

Nimm eine Handvoll guter Erde.
Vielleicht findest du ein Samenkorn darin
oder eine Raupe. Wäre deine Hand geduldig
genug, würde der Same ein Wald und die
Raupe eine Schar geflügelter Wesen werden.

Khalil Gibran



Siegfried Bucher, Illerrieden (86 Jahre, April 2020)
Erich Trapp, Baden-Baden (79 Jahre, November 2020)



Walter Webert, Neuhaus/Pegnitz, 78 Jahre (20.12.)



Ernst Kleinschmidt, Bernau, 89 Jahre (30.12.)



Heinz Weißgerber, Waldbröl, 95 Jahre (5.12.)



Klaus Drößler, Urnshausen, 80 Jahre (22.12.)



Kurt Graf, 22.12.2020

Bild des Monats



Als Vorankündigung auf den Winter überzuckert die Natur bei den ersten Frösten die Pflanzen mit filigranen Eiskristallen, Raureif verursacht einen besonderen Zauber. Wenn auch der Baumbestand in den Kronen schütter wird, gibt die Naturverjüngung darunter Hoffnung, dass wieder ein Wald nachwächst. Wird der bestehen? Die junge Lärche im Raureif wäre ein schöner Weihnachtsbaum – aber nur in der freien Natur und bei Frost kann er diese Schönheit zeigen. Im warmen Wohnzimmer stünde bald nur ein dürres Gerippe. Fast ein Hinweis auf die Klimaveränderung: Erwärmung ist nicht immer von Vorteil.

Foto: Othmar Kipfer

Waldschaffen

Kulturschaffende schaffen Wald

Waldschaffen entstand 2020 als Einladung an die Berliner Kulturszene: Lasst uns den Wald und die Waldarbeit besser kennenlernen! Unter forstwirtschaftlicher Anleitung packen wir mit an, lassen uns informieren und inspirieren.

Im Blog waldschaffen.de reflektieren wir jede Aktion mit Texten und Bildern.

In den letzten Jahren ist das Interesse am Wald enorm gewachsen – gerade in der Kulturszene. Viele würden gern *etwas für den Wald tun*, wissen jedoch nicht, wie sie konkret helfen oder ihr Waldwissen vertiefen können. Daher möchte *Waldschaffen* Brücken zwischen Kulturszene und den Forsten um Berlin schlagen.

Kulturschaffende werden in die ehrenamtliche Waldarbeit eingebunden, um diese Erfahrung dann nach außen zu tragen. So verbanden wir z. B. im Oktober 2020 einen Arbeitseinsatz im Revier Stolpe mit einer Lyrikwerkstatt am Berliner Haus für Poesie, deren Ergebnisse im Blog präsentiert wurden.

Auf waldschaffen.de können Sie sich über unsere Projekte informieren, unseren Blog-Newsletter abonnieren oder uns mit Anregungen oder Kooperationsvorschlägen kontaktieren.